

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Wochenspiegel 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mk. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Bekannt-
 machungsliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Land
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Interlions-Gebühr
 Beträgt für die sechsbeständige Kolon-
 nelle oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Bereds-
 amer und Verlesungs-Anzeigen 10 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stet-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellengehabe und Schlaf-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 3. Oktober 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Nach der Schablone.

Von militärischer Seite wird uns geschrieben:
 Als seiner Zeit die große Rolle, die die sogenannten
 flüchtigen Feldbefestigungen (Schanzen, Drahtverhaue usw.)
 im ostasiatischen Kriege spielten, bekannt wurde, dachten wir
 uns: Arme deutsche Soldaten! Denn es war mit Sicher-
 heit vorauszusehen, daß die deutschen Generale sich mit
 Heftigkeit auf die Ausnützung des Spatens, wie sie
 namentlich auf russischer Seite üblich war, stürzen und
 damit die deutsche Armee beglücken würden. Wer im deutschen
 Heere Bescheid weiß, konnte keinen Moment zweifeln, daß
 von nun ab der deutsche Soldat in der Erde würde graben
 müssen wie ein Totengräber, und so zu den sonstigen „An-
 nehmlichkeiten“ des militärischen Dienstes eine neue kommen
 würde.

Die Zeit hat auch hier den Schwarzsehern recht gegeben.
 Die Dinge liegen jetzt so, daß ein Offizier, der nicht un-
 bedingt an die Wunderkraft des Spatens glaubt und daher
 nicht bei jeder Gelegenheit, die halbwegs dazu angetan ist,
 fest graben ließe, in den Geruch eines schlechten Laktikers
 kommt und, wenn er sich in den Chargen vom Hauptmann
 an aufwärts befände, mit der großen Säge Bekanntheit
 machen würde. Wir können uns lebhaft vorstellen, wie die
 deutschen Generale seit einiger Zeit im Sommer wöchentlich
 mindestens zweimal zu Offizieren ihres Befehlsbereiches sa-
 gen: „Meine Herren, machen Sie vom Spaten häufig Gebrauch.“

Gewiß ist die Unterweisung der Truppen in der Errichtung
 flüchtiger Feldbefestigungen schon im Frieden nötig. Und zwar
 müssen die Mannschaften solche Arbeiten nicht nur bei Tage,
 sondern auch bei Nacht ausführen lernen, und zwar müssen
 im letzteren Falle die Erdwerke usw. möglichst geräuschlos er-
 richtet werden. Aber dieser Teil der militärischen Ausbildung
 könnte sicher auch in der Garnison und auf den
 Truppenübungsplätzen erledigt werden. Wenn eine
 Truppe vorzügliche Feldbefestigungen in der Nähe von Potsdam
 ausheben kann, so bringt sie es gewiß auch in der Umgebung
 von Breslau fertig. Würde die Ausbildung in der Feld-
 befestigung in der Garnison und auf den Truppenübungs-
 plätzen erfolgen, so könnte den Leuten nach den anstrengenden
 Erdbarbeiten hinreichend Ruhe gegönnt werden.

Leider aber genügen Garnison- und Truppenübungsplatz
 den deutschen Generalen nicht; sie fordern vielmehr die Her-
 stellung starker Feldbefestigungen auch im Manöver.
 Da muß dann der Mann, der tagsüber womöglich in einer
 drückenden Sonnenhitze schwer gepackt marschiert und gelassen
 ist, in der Nacht graben und schaufeln und sobald es Tag
 wird, wieder mit gepacktem Tornister und Gewehr
 die größten Strapazen auf sich nehmen. Kein
 Wunder, wenn bei hoher Temperatur Hitzschläge sich
 massenhaft ereignen. Es ist merkwürdig, wie es manchmal
 in der deutschen Armee zugeht: Einerseits sagt
 man den Soldaten, daß sie den Hitzschlag am besten dann
 vermeiden können, wenn sie in der Nacht ordentlich schlafen
 und Liebesabenteuer sowie alkoholische Erzeffe unterlassen.
 Andererseits aber nimmt man ihnen seit neuestem in den
 Manövern ex officio den Schlaf. Es ist doch sehr angenehm,
 daß die Disziplinarstrafordnung und das Militärstrafgesetzbuch
 den Untergebenen jede Kritik verbietet. Wenn dem nicht so
 wäre, kämen die Herren Vorgesetzten aus der Verlegenheit
 nicht mehr heraus.

Daß der Mangel an Nachtruhe die Gefahr des Hitzschlages
 näherrückt, ist klar. Und in der Tat sind während der heurigen
 Manöver, wo zum erstenmal das neue Reglement maßgebend
 war, in den meisten Tagen, an denen eine heiße Bitterung
 herrschte, sehr viele Hitzschläge gemeldet worden. Glücklicher-
 weise setzte sehr früh eine kühle Temperatur ein. Floriert
 aber die Schaufelmannie weiter, so wird das deutsche Volk sein
 blaues Wunder erleben, wenn einmal ein heißer September
 kommt. Hier nach Kräften vorzubeugen, ist Pflicht der Sozial-
 demokratie und darum stellen wir die Forderung auf: Weg
 mit dem gefährlichen Schaufeln während der
 Manöver!

Es wäre, wenn der gute Wille vorhanden ist, sehr leicht
 zu entbehren. Man brauchte nur an den Teilen der
 Stellungen, an welchen im Ernstfalle Befestigungen angelegt
 würden, bestimmte Zeichen anzubringen, die dem Gegner er-
 kennen lassen, daß hier befestigt ist und wie es geschah. Diese
 Zeichen wären in Form und Farbe so zu bemessen,
 daß sie der Gegner mit dem Feldstecher nur auf den Entfernungen
 genau unterscheiden kann, auf welchen Schützengräben, Draht-
 verhaue usw. erfahrungsgemäß zu erkennen sind. Dies würde
 für die Manöver völlig genügen, denn hier handelt es sich
 nur darum, ob der Angreifer seine Truppen an die Ver-
 teidigungsstellung richtig heranzuführt, ob er sie richtig gliedert,
 ob die Artillerie zweckentsprechend verwendet wird. In einen
 wirklichen Kampf um die feindlichen Drahtverhaue und
 Schützengräben ist bekanntlich nicht zu denken, da wenigstens
 vorläufig das Scharfschießen und Loschlagen im Manöver
 nicht erlaubt ist. Dürfen aber Drahtverhaue und Schützengräben
 nicht unter scharfes Feuer genommen und, wenn dies
 vergeblich ist, nicht mit dem Bajonett genommen werden, so

ist es gleichgültig, ob sie wirklich vorhanden oder nur an-
 genommen sind. Und das, was die Verteidiger durch
 die Herstellung von Feldbefestigungen lernen sollen, also Aus-
 heben von Schützengräben, Fertigung von Drahtverhaue,
 Einrichten in den Deckungen können sie sich, wie schon vorhin
 erwähnt, in der Garnison und auf den Truppenübungsplätzen
 zu eigen machen.

Militärische „Fadmmänner“ werden uns gewiß entgegen-
 setzen, daß das Markieren von Feldbefestigungen nicht kriegsgemäß
 sei. Du lieber Himmel, wenn bei den Friedensübungen nicht
 mehr gegen die Kriegsgemäßheit verstoßen würde als mit an-
 genommenen Schützengräben, so könnte die Armee froh sein.
 Wir erinnern nur an die Ungeniertheit, mit der Kavallerie-
 potrouillen an den Gegner heranreiten, um ihn auszukundschaften.
 Sie war schon vor 20 Jahren derart üppig ins Kraut geschossen, daß
 die Infanterie solche „Heldentaten“ ignorierte, auch wenn sie
 genau gesehen wurden. Man wußte, daß das Schießen auf
 solche Heldensjünglinge doch nichts half. Nach den auch vom
 „Vorwärts“ wiedergegebenen Beobachtungen, die der
 Oberst a. D. Gädte auf den letzten Kaisermanövern gemacht
 hat, scheint der Unfug inzwischen noch ärger geworden
 zu sein. Es ist schon so weit, daß Offizierspatrouillen
 auf fünfzig Schritt Entfernung die Front befestigter
 Stellungen des Gegners im Trab entlang reiten, obwohl
 sie angeschossen werden. Wird bei Friedensübungen die
 Auffklärung in solcher Weise betrieben, dann bliebe man besser
 zu Hause. Ferner verstoßt es auch gegen die Kriegs-
 gemäßheit, daß in den Manövern unter den Führern keinerlei
 Verluste angenommen werden. Es wäre sehr lehrreich, wenn
 Detachementsführer, Regiments- und Bataillonskommandeure
 plötzlich gefechtsunfähig würden und andere Offiziere untermütet
 an ihre Stelle treten müßten. Dadurch würden die Übungen
 wesentlich an Kriegssähnlichkeit und Nützlichkeit gewinnen und
 den höheren Offizieren würde dabei Gelegenheit geboten, sich
 rasch in die neue Situation zu finden.

Zum Schluß eine mehr historische Betrachtung, die auf
 die Art und Weise, in der russische Neuerungen entstehen, ein
 Licht wirft. Im Kriege 1870/71 spielten die flüchtigen Feld-
 befestigungen eine untergeordnete Rolle. Daher meinten die
 deutschen Generale schablonenhaft, daß sie im Bewegung-
 kriege überhaupt ihren Wert verloren hätten. Infolge dessen
 wurde bei der Infanterie und der Feldartillerie der Spaten
 so ziemlich abgehandelt. Ungefähr ein- oder zweimal im Jahre
 mußten die Mannschaften der Infanterie anstandslos einen
 Schützengraben für liegende Schützen ausheben, und damit
 war die Sache erledigt. Jetzt sind die deutschen Generale,
 wie schon erwähnt, ebenfalls schablonenhaft ins Gegenteil ver-
 fallen. In die Kleinigkeit haben sie anscheinend nicht gedacht,
 daß im ostasiatischen Kriege der Spaten nur deswegen so
 große Triumphe feiern konnte, weil die Eigenartigkeit der
 dortigen Verhältnisse große Kriegspausen, die reichlich Zeit
 zur Errichtung gewaltiger Feldwerke boten, nötig machte.

Aber es gehört ja zu den charakteristischen Merkmalen
 der deutschen Armee, daß in ihr die goldene Mittelstraße
 überhaupt nicht eingeschlagen wird. Entweder wird etwas
 gar nicht oder nur lässig oder mit einem betwähmähigen
 Fanatismus getrieben.

Die russische Revolution.

Der Petersburger Rat der Arbeiterdeputierten vor Gericht.

Die Sitzungen des „Gerichts“ über das Exekutivkomitee
 des Petersburger Rates der Arbeiterdeputierten haben also
 gestern (Dienstag) ihren Anfang genommen. Die unermessliche
 Bedeutung der Arbeiterausschüsse für die russische Revolution
 und speziell die große Rolle, die der Petersburger Rat seinerzeit
 gespielt hat, machen es erforderlich, den Leser mit diesem
 Organ bekannt zu machen und dem „Gericht“ über das Peters-
 burger vollziehende Komitee einige Worte zu widmen.

Die russische sozialdemokratische Partei erwuchs unter
 ganz abnormen Verhältnissen. In der Atmosphäre einer
 despotischen Staatsordnung entwickelte sich der Kapitalismus.
 Rußland wurde allmählich von einem Rege von Fabriken und
 Manufakturen durchspannen. Es bildete sich eine Arbeiter-
 klasse und — als Vertreterin ihrer Interessen — eine sozial-
 demokratische Partei. Doch in einem Polizeistate kann die Sozialdemokratie
 keine gesicherte Existenz genießen. Gefängnis und Zuchthaus, Einzelhaft und Ver-
 bannung in die sibirischen Eisfelder ließen es lange
 Zeit zu keinem rechten Anschluß der Arbeitermassen
 an die sozialistische Partei kommen. Nur vereinzelte
 Arbeiterzirkel konnten sich den sozialistischen Organi-
 sationen angliedern. Unter solchen Umständen war
 die russische Sozialdemokratie viele Jahre lang gezwungen,
 die dumpfe Luft einer illegalen „Keller“-Existenz zu atmen.
 Die Arbeitermasse verhielt sich zwar den sozialdemokratischen
 Stimmen gegenüber nicht abweisend, sie hielt sich jedoch von
 der Partei in gewisser Entfernung. Nur der ideelle
 Einfluß der Sozialdemokratie war ein sehr bedeutender.
 Die Resultate einer solchen Lage der Dinge äußerten sich
 darin, daß die Kräfte der sozialdemokratischen russischen
 Organisationen nur bei den Parteigenossen unter den
 Arbeitern Widerhall fanden, während die Leitung der Be-
 wegung häufig verschleuderten „parteilosen“ Elementen zufiel
 oder die Massen gar völlig anarchisch auftraten.

In der Revolutionsepöche nun aber, als die befreiende
 Bewegung das ganze russische Proletariat ergriff und es un-
 bedingt notwendig wurde, die Massenaktionen zu ordnen,
 mußte ein Zentrum gebildet werden, um das sich die
 ganze Arbeiterklasse — sowohl Mitglieder der sozial-
 listischen Organisationen als auch unorganisierte Ar-
 beiter gruppieren konnten und das die Angriffs-Aktionen
 des Proletariats zu leiten imstande war. Es konnte das
 im heutigen Rußland kein sozialdemokratisches Organ
 sein; denn bei revolutionären Bewegungen muß die Masse
 ihre Führer gut kennen und volles Vertrauen zu ihnen haben.
 Wie oben aber gezeigt wurde, konnten die sozialdemokratischen Or-
 ganisationen bei den gegebenen historischen Verhältnissen diesen
 Forderungen nicht genügen. Nur ein solches Organ aber war
 imstande, volle Autorität zu genießen, das von den
 Arbeitern selbst erwählt war. Als solche Organe tauchten
 nun die Räte der Arbeiterdeputierten auf, die mitten in eine
 außerhalb der Parteien stehende Organi-
 sation zur Leitung der Massenbewegungen
 des Proletariats darstellten.)

Dögleich die Mehrzahl der Wähler nicht zu den sozial-
 demokratischen Organisationen gehörte, wurden doch in über-
 wiegender Zahl Sozialdemokraten gewählt. Im
 Petersburger Rat der Arbeiterdeputierten z. B. bildeten die
 Sozialdemokraten die erdrückende Mehrheit. Die Verdienste
 dieses revolutionären Organs um das russische Proletariat
 sind unschätzbar. Auf diese wies mit Recht der ehemalige
 Präses des Rats, Genosse Chruschaloff, hin, der jetzt in der
 Gewalt der zarischen Henker ist. Er sagte: „Der Arbeiterrat
 von Petersburg, der das gesamte Proletariat der Residenz zu-
 sammenhieß und repräsentierte, war bemüht, das Proletariat
 von ganz Rußland, alle revolutionären Kräfte des Reiches zu
 mobilisieren. Er trat mit dem Bauernbund, dem Post- und
 Telegraphen- und dem Eisenbahnerverband in Beziehungen.
 Der Rat, als revolutionäres Parlament des revolutionären
 Proletariats, eröffnete und leitete nicht nur die politischen
 Streiks im Interesse der Volkssouveränität, der Volks-
 herrschaft und des achtstündigen Arbeitstages, sondern er über-
 nahm auch noch andere Funktionen: der Rat schuf in den
 Fabriken die Organisationszellen. Die Fabrikdeputierten-
 komitees, die Rayonkomitees, die Rayonstäbe; der Rat
 organisierte die professionellen Verbände, leitete die
 ökonomischen Streiks, war als Vertragskammer bei
 den Konflikten zwischen Unternehmern und Arbeitern tätig,
 leistete materiellen Beistand, bewaffnete und schulte die
 Arbeitermiliz. Der Rat begann eine große Enquete und tat
 vorbereitende Schritte zur Einberufung eines allrussischen
 Arbeitertongresses.“ („Echo“ Nr. 11.)

Nach der Gefangennahme des Petersburger Rats beschloß
 die Regierung zuerst, alle seine Mitglieder dem Gericht zu
 überliefern! Später änderte sie ihren Beschluß, da es ihr
 nicht ungefährlich erschien, eine von 20000 Arbeitern er-
 wählte Institution vor Gericht zu ziehen und nun wird statt
 des gesamten Rates nur das Exekutivkomitee gerichtlich be-
 belangt, welches zu diesem Zweck als genöthigte revolutionäre
 Verjährungsverorganisation dargestellt wird! Die Absicht ist
 klar: Das Proletariat soll von seinen Führern isoliert,
 die ganze revolutionäre Tätigkeit des einmütig und als
 kompakte Masse vorgehenden Proletariats seit dem historischen
 17. Oktober soll einem Häuflein von „Wählern“ in die Schuße
 geschoben werden.

Unter den 20 Verhafteten hat sich die Regierung die-
 jenigen für die Sündenbank ausgesucht, welche sie braucht!
 Alle Hebräer, Polen, Grusier und Armenier wurden ganz
 willkürlich dem „vollziehenden Komitee“ zugezählt!

Das Petersburger Proletariat beehrte sich, in einer ganzen
 Reihe von Resolutionen sich mit dem ehemaligen „Rat“
 vollkommen solidarisch zu erklären. Die Bemühung der Re-
 gierung, die Tätigkeit der Petersburger Arbeiter als Aktionen
 einer geringen Zahl „böswilliger Agitatoren“ darzustellen, ist
 ein gar zu grob-naiver Betrug.

Die Gerichtsverhandlungen im Prozesse des Arbeiterrats
 werden allen aufrichtigen Freunden der Volkssfreiheit die ver-
 flossenen Monate ruhmvollen Kampfes in Erinnerung bringen
 und der russischen Freiheitsbewegung neue Kräfte zur Nieder-
 werfung der alten Staatsordnung verleihen.

„Väterchen“ Schutengel.

Petersburg, 2. Oktober. Infolge eines Berichtes des Pala-
 stkommandanten Dedulin, in welchem er alle Hofbediente als unzu-
 verlässig bezeichnete, ordnete der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch
 an, daß sämtliche Hofbediente zu entlassen und die Leibgarde zu
 kassieren sei!

Ein „Kongress“!

Petersburg, 1. Oktober. Heute wurde hier eine Sitzung der
 Delegierten der hiesigen Gruppe der Rabettenpartei unter dem
 Vorsitz von Miljutow eröffnet. Unter den Delegierten befinden sich
 ferner Kautler, Kabanow, Petrajew, Hesse, Grimme, Karszew,

*) In Polen, im Kaukasus und in den baltischen Provinzen, wo
 die Sozialdemokratie von vornherein unter dem Proletariat große
 Autorität genoss, konnte die Partei die Leitung der revolutionären
 Arbeiterbewegung direkt übernehmen, und da wurden denn auch
 keine Deputiertenausschüsse gewählt.

**) Die Abgeordneten zum „Rat“ wurden auf Grund all-
 gemeiner, direkter, gleicher und allgemeiner Abstimmung gewählt. In
 600 Arbeiter wählten einen Vertreter. Der Rat bildete dann aus
 seiner Mitte einen Ausschuss — das „vollziehende Komitee“.

*) Im Frieden müssen die Schützengräben nach dem Gefecht
 wieder eingeworfen werden, so daß hier doppelte Arbeit entsteht.

Petersburg, 2. Oktober. Die den Radikalfongress überstehenden Vollzogen haben den letzten Befehl, bei revolutionären Verhältnissen sofort sämtliche Teilnehmer zu verhaften!

Brandbriefe eines Pseudopatrioten.

Unter dieser Überschrift bringt die „Petersburger Zeitung“ den Bericht über die Gerichtsverhandlung gegen den Wladi. Staatsrat Sawrow, der am 20. September wegen Aufreizung zum Massen- und Mordhag vor den Schranken stand. Wir entnehmen dem Bericht folgende Einzelheiten:

Seine Brandbriefe . . . enthielten . . . auch noch schändliche Aufreizungen zum Massenmord, vor allem systematische Degeneration gegen die Juden in Russland.“ Es folgen einige Proben, z. B.:

„Ihr sollt es wissen, Brüder, Arbeiter und Bauern, daß die Amerikaner, die unser Vaterland hassen, solche Demoskrazie und England einen Bund geschlossen haben, um Rußland zugrunde zu richten, es in einzelne Provinzen zu teilen und in die Gewalt der Feinde des russischen Reiches zu bringen. Das Land wollen sie durch Gift dem Bauern ablocken, ihn zum Sklaven der Juden machen, den Geistlichen sollen die Köpfe abgeschritten werden, die heiligen Altäre jedoch in jüdische Schweinehöfe verwandelt werden. Um diese Ziele zu erreichen, haben die Verschworenen zu allererst die Japaner auf uns gehetzt. Während des Krieges haben sie uns ständlich verhöhnt, wodurch sich unsere Niederlagen leicht erklären. Ihr teuflisches Werk haben sie damit begonnen, daß sie die russischen Kaufleute, Grundbesitzer und Fabrikanten dem Meere entgegenführten, um es den Juden zu ermöglichen, alles an sich zu bringen.“

„Wenn ihr diese Peilandsmörder seht, schlagt sie sofort nieder, damit ihnen die Luft vergehe, je zu früh sie kommen!“

Diese Schriften wurden mit Genehmigung der Zensur zuerst in der Druckerei des Ministeriums des Innern und später in der Stadthauptmannschaft gedruckt!

Sawrow befindet sich in der Verhandlung, zum Massenmord gehetzt zu haben. Der Herr Staatsanwalt erklärte ihn zwar für schuldig, plädierte aber selber für milde Umstände mit der Begründung, daß Sawrow seine Schriften in wild bewegter Zeit verfaßt habe, wo die politische Bewegung leicht zu unbedachten Taten führen könnte!

So blieb den beiden Verteidigern nicht mehr viel zu sagen übrig. Das Gericht billigte dem Herrn Wladi. Staatsrat a. D. milde Umstände zu und verurteilte ihn zu einer Strafe von 100 (Einhundert) Rubeln!

Wichtiges auch Nichtmitglied der „Verbands echt russischer Männer“ so milde Staatsanwälte und Richter finden wie Herr Sawrow.

Schwarzes Kabinett!

In den letzten Wochen entfaltete das „Verstrickungskabinett“ des St. Petersburger Postamtes eine äußerst rege Tätigkeit im Definieren und Durchführen von Briefen. Es ist eine lange Liste solcher Personen vorhanden, denen die Briefe mit einer Verpöhrung von circa zwei Wochen zugestellt werden. („Tschowitsch“, 26. September.)

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Oktober.

Der Urteilspruch von Breslau vor dem Forum der Kritik.

Niemand ist mit dem Spruche der Breslauer Richter gegen die Angeklagten des Kravallprozesses recht zufrieden gewesen. Der Scharfmacherpresse waren die Strafen nicht hoch genug; betrübten Sinnes mußte sie den Gedanken an eine Hege wider Sozialdemokratie und Gewerkschaften aus Anlaß der Feststellungen des Prozesses fahren lassen. Das Material, das er zutage gefördert hatte, ließ sich zu solchem Zwecke nicht verwenden. Die neue Auslegung des § 153 der Gewerbe-Ordnung, die ihn auch zur Anwendung auf Aussperrungen pöblich macht, fand freilich den ungetheilten Beifall dieser Presse, — sie war aber wieder der Stein des Anstoßes für die liberalen Blätter, die ihren Liberalismus noch nicht ganz vergessen haben und die sonst mit dem Urteil schon zufrieden gewesen wären, da es doch weit hinter den Anträgen des Staatsanwalts zurückblieb. Das Hauptgewicht dieser liberalen Kritik, wie sie das „Berliner Tageblatt“, die „Berliner Volkszeitung“ u. a. gelegt haben, entfiel denn auch auf jenen Teil des Urteils, der die neue Auslegung des § 153 bringt. Umfassender und von größerer Eindringlichkeit und Schärfe ist die Besprechung, die einer der Verteidiger der Angeklagten, der Justizrat Ramroth, in der freisinnigen „Breslauer Zeitung“ veröffentlicht. Ramroth schreibt:

„Es war gegen circa 140 Angeklagte Voruntersuchung eröffnet und, soweit ich weiß, mehrere Dutzend Verhaftungen vorgenommen worden. Auf eigenen Antrag der Staatsanwaltschaft wurden nach Schluß der Voruntersuchung 65 Personen außer Verfolgung gesetzt; von den Verhaftungen, die teilweise Wochen, teilweise Monate gedauert hatten, blieben bis zum Hauptverhandlungstermin im ganzen fünf bestehen. Auch diese wurden durch das Strafkammerurteil aufgehoben, weil die Angeklagten desjenigen Deliktes (Aufreißung) wegen dessen ihre Verhaftungen erfolgt waren, gar nicht schuldig befunden wurden und insofern, als sie wegen geringfügiger Delikte verurteilt wurden, die Strafe durch die Unteruchungshaft als verübt erachtet wurde. Von den 43 Angeklagten, die schließlich noch zur Aburteilung kamen, wurden sieben oder acht völlig freigesprochen, die übrigen mit den schon von ihrem Verteidiger gemeldeten Strafen belegt. Ich verweise diese Zahlen, weil sie mir am besten die Bilanz des ganzen Verfahrens zu geben scheinen. Ich habe den Eindruck, als ob das gerichtliche Vorverfahren in ähnlicher Weise durch eine gewisse Bevorfähigung beeinflusst worden ist, wie das Verhalten der Polizeibehörde bei dem Vorfall am 19. April selbst. Diese Bevorfähigung scheint schon längere Zeit latent gewesen zu sein. Beweis: die in der Verhandlung zur Sprache gekommene Tatsache, daß schon geraume Zeit vor dem 19. April infolge irgend eines einzelnen Vorfalls die Säbel unserer Schutzeleute hart geschliffen worden sind, und daß wir, wie allgemein bekannt sein dürfte, eines Tages dadurch überrascht wurden, daß die städtischen Figuren unserer an den Ecken postierten Schutzeleute mit Revolvertaschen um die Hüften gegürtet erschienen. In dieser Revolvertasche scheint überdies ein Zertum gekommen zu sein, der die Auffassung der Polizeibehörde von dem Vorfall am 19. April von vornherein beeinflusste, ein Zertum, der auch weiter in das Untersuchungsverfahren hineinwirkte. Man glaube einen Konflikt zwischen Arbeitswilligen und Nichtarbeitswilligen schlichten zu sollen. In Wahrheit waren diejenigen, welche die aus der Arbeit schmeichelnden Kameraden mit mehr oder weniger harmlosen Äußerungen höhnten und nach der Auffassung des Gerichts in ihrer Ehre verletzten, ausgesperrt, d. h. solche, die nicht weniger arbeitswillig waren, als ihre Kameraden. Sie durften nur nicht arbeiten; man hatte ihnen am Tage zuvor erklärt, daß sie die Arbeit, die sie alle gern fortgesetzt hätten, niederlegen müßten, und der Groll gegen die bevorzugten Kameraden entsprach deshalb nur dem Wunsch, ebenso arbeiten zu dürfen wie jene. Dadurch scheint mir auch von vornherein der Charakter der ganzen lärmenden Kundgebung, die in den Abendstunden des 19. April auf dem Striegauer Platz begann, ein verhältnismäßig geläutertes gewesen zu sein, und ich kann mich dem Gedanken nicht verwehren, daß, wenn man damals die Menge noch ein halbes Stündchen lärmern und johlen ließ, der ganze

Niederstich, den die Affäre gefunden hätte, sich in einigen schiedsmännischen Sühneverhandlungen und Beilegungslagen erschöpfte hätte. Man kann es trotzdem begreiflich finden, daß vom polizeilichen Standpunkt diese Entwicklung der Dinge nicht abgewertet wurde. Die Verhandlung hat auch zweifellos ergeben, daß, als das polizeiliche Einschreiten begann, zunächst alle Maßnahmen in ansehnlicher Unsicherheit, schonender und baldamer Weise getroffen wurden. Es ist mir sehr bezeichnend, daß in diesem ersten Stadium, trotzdem schon damals eine sehr große Menschenmenge einem verhältnismäßig nur geringen Häufchen von Schutzeleuten gegenüberstand, das Anfeindungsverhalten der Menge und das Freiwerden des Platzes ohne irgendwie erhebliche Konflikte abging. Sallam wurde die Sache hauptsächlich, als das große Aufgebot berittener Schutzeleute in Aktion trat, und andererseits der übliche Rufing halbweiliger Burlesken, der mit Feuerwerkstörtern (Kanonenbeschlägen) getrieben wurde, die Revolver der Beamten wie der Menge erhöhte. Wenn dann im weiteren Verlaufe Ungehörigkeiten von der einen Seite und arge Heberheißungen von der anderen Seite vorgefallen sind, so kann sich niemand darüber wundern. Ich meine nur, daß der Bewusstheit gegenüber es tollkühn richtiger gewesen wäre, nicht bedingungslos alles Geschulden auf die Seite des Publikums zu walzen. Welchem verunsicherten Menschen wird denn einfallen, für die Ausschreitungen einzelner Beamten die ganze Justiz oder die Oberleitung verantwortlich zu machen? Aber dieses prinzipielle Regieren von Vorfällen, die eine Menge enttäuschter Jünger gefunden haben, mußte den Widerspruch herausfordern. Auch in der Hauptverhandlung vor der Strafkammer scheint mir der Eifer, mit dem vom Staatsanwaltstische alles und jedes Verfaßten von Schutzeleuten entgegen einer Anzahl beweiskräftiger Zeugnisse registriert wurde, nicht glücklich gewesen zu sein.

Den Juristen hat die Hauptverhandlung eine gewisse Heberklärung gebracht: eine neue Auslegung nämlich des vielbesprochenen § 153 der Gewerbeordnung, mit der das Reichsgericht in einer zufällig ziemlich unmittelbar vor der Verhandlung publizierten Entscheidung der Anklage beistimmt. Ich hatte ihre Begründung in hohem Grade für bedenklich. Wenn der Gerichtshof sich dieser Auffassung der Verteidigung angeschlossen hätte, so hätte er von den 40 zur Aburteilung kommenden Angeklagten circa 30 völlig freisprechen müssen. Denn die außerdem gegen sie erhobenen Verleumdungslagen konnten zu einer Verurteilung nicht führen, weil die Strafanklage, die übrigens sämtlich nicht etwa spontan nach den stattgefundenen Verleumdungen, sondern erst etwa vier Wochen später, gelegentlich der Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter, gestellt worden waren, fast allezeit zurückgezogen worden waren. Die juristische Diskussion dürfte sich mit der neuen Auslegung des § 153 noch vielfach beschäftigen. Für die vorliegende Sache scheint mir jedoch ein Erfolg in der Revisionssinstanz ausgeschlossen, weil die tatsächlichen Feststellungen, wenn sich die schriftlichen Urteilsgründe vollständig mit ihrer mündlichen Publikation decken, die Revision nicht ausreichen würden.

Strafprozessual ist dieser Prozess mir lehrreich gewesen, indem er bestätigt, was die Verfechter einer geordneten Reform seit Jahr und Tag vertreten: Unter Vorverfahren ist in hohem Maße reformbedürftig, und die Voraussetzungen, unter denen unschuldige Menschen in Untersuchungshaft genommen werden können, sind für einen die persönliche Freiheit hochhaltenden Kulturstaat unwürdig und unerträglich. Die Vorschriften unserer Strafprozessordnung über die Hauptverhandlung dagegen bedürfen einer Veränderung nicht.

Die sozialdemokratische Presse hat das Urteil als einen neuen Beleg für die Existenz der Klassenjustiz gekennzeichnet. Unser Breslauer Parteiblatt, die „Volksmacht“ schrieb zu diesem Kapitel u. a.:

„Das Gericht hat entschieden, daß es die Absicht der auf dem Striegauer Platz zusammengekommenen Aussperrten gewesen sein muß, die Arbeitswilligen zur Arbeitsunterbrechung zu veranlassen, um so die Betriebe lahm zu legen und dadurch die Wiedererrichtung der Aussperrten und schließlich auch damit die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für die streikenden Formen zu erreichen. Zwar hat der Bezirksrichter des Sozialarbeiterverbandes ausdrücklich unter seinem Eide behauptet, daß dies nicht die Absicht der Organisation gewesen sei, zwar haben eine große Anzahl Arbeitswilliger ausgesagt, daß sie nicht das Empfinden gehabt hätten, als ob sie zur Arbeitsunterbrechung gezwungen werden sollten; in die einzige Arbeitswillige haben die Mitglieder einer anderen Auffassung zugehört, die Vertreter der Industriellen, die Direktoren Neumann und Masenapp, haben dies ebenfalls getan, vor allem aber hat Kriminalkommissar Schweini — unter Verweigerung der Eidesanfrage, als der ihm sein Wissen wurde — im Sinne der Unternehmer ausgesagt, und darin eben zeigt sich wieder der Klassencharakter unserer Justiz, daß, sicherlich unbewußt, aber doch tatsächlich die Aussagen der Unternehmer und der Polizeibeamten höher bewertet werden, als die der Arbeiter.“

Die Worte, die von den Aussperrten den Weiterarbeitenden zugerufen worden sind, wurden von den Richtern abgewogen, als ob sie in ihren eigenen Versicherten, nicht in den rohmieren Kreisen der Arbeiter gefallen wären, der Gedanke der sog. gebildeten Kreise, von dem Justizrat Ramroth sehr mit Recht zweifelte, ob er der bessere sei, ist eben den Arbeitern fremd, noch fremder aber ist den Richtern der Ehrbegriff der Arbeiter, die es als die größte Schande zu betrachten gelernt haben, „Arbeitswilliger“, Streikbrecher zu werden. In den Augen des Arbeiters ist der Streikbrecher der größte Verräter an seiner eigenen Ehre und damit ein der höchsten Verachtung würdiger Mensch, der in diesen Kreisen ebenso sehr der Achtung verfehlt, wie jener Mann, der in den Schichten der Gebildeten deren Ehrbegriff verletzt.

Deshalb werden die Richter niemals zu einer gerechten Würdigung der mit jenen Kreisen Streikbrechern in Verbindung stehenden angeblichen Verleumdungen kommen, um so mehr aber sollten die mit der Voruntersuchung betrauten richterlichen Organe sich hüten, den Klassencharakter unserer Justiz noch dadurch zu verschärfen, daß sie, wie das im Kravallprozess unter dem System Pirle geschehen ist, die Stellung von Strafanträgen geradezu provozieren.“

Anderer unserer Bruderblätter betreiben mit besonderem Nachdruck auf die erbitternde Tatsache, daß die ganzen blutigen Ereignisse mit ihrem gerichtlichen Epilog sich nur ereignen konnten, weil die Metallindustriellen auf die Lohnforderung der Formen mit der Aussperrung der großen Mehrheit der Metallarbeiter antworteten. Hier liegt in der Tat ein sehr aufreißendes Moment. Nicht, daß wir uns in moralischer Enttäuschung über die Brutalität der Unternehmer ergehen wollten, die kaltblütig mit dem Beschick von Tausenden spielen, um eine kleine Schar niederzuwerfen, die um eine verhältnismäßig geringfügige Verringerung ihrer Lage kämpft. Die Persönlichkeit dieser Unternehmer ist und ganz gleichgültig. Sie interessieren uns nur als die mehr unbewußten als bewußten Träger und Vollstrecker eines Systems, eines schandlichen Systems, das dem Vorkämpfer zur Sache, zur Ware erniedrigt und seinem Vordringen zum Menschsein Hindernisse über Hindernisse entgegenstellt. Die Hindernisse, welche die um kleiner Lohnlähmungen willen verhängt werden, sind wie kaum eine andere Erscheinung geeignet, die Proletarier über das Wesen der kapitalistischen Ordnung aufzuklären. Sie hämmern ihnen die Erkenntnis ein, daß in dieser Gesellschaft eine gründliche Auskehr des Elends und der Not nimmermehr möglich ist.

Ein anderes letztes die Polizeistadt, die Folge der Aussperrung. Auf dem Striegauer Platz standen Proletarier gegen Proletarier. Nicht nur, daß über die Arbeitswilligen sich die Verachtung der Aussperrten ergoß. Auch später, als der Schutzmännchenlädel Arbeit tat, Proletarier sind auch die Schutzeleute. Und doch haben sie unter den eigenen Klassenangehörigen gewaltet, wie gegen ihre schlimmsten Feinde. Proletarier gegen Proletarier — der Bourgeois blieb dem Gesinnung fern. Andere müssen seine Schläge schlagen! Die Herrschenden

herrschen, indem sie einen Teil der Unterdrückten zu Aufsehern über die Unterdrückten machen. Sie herrschen, indem sie teilen!

Das einzige Proletariat, das ist das Ende ihrer Herrlichkeit! —

Die Sonntagsruhe in Italien.

Rom, 30. September. (Fig. Ser.)

In Italien gibt es bis heute keine gesetzliche Sonntagsruhe; nur das Frauen- und Kinderbeschützgesetz verbietet für die ihm Unterliegenden die Sonntagsarbeit, läßt aber viele Ausnahmen zu.

Seit langer Zeit — seit 1890 — besteht eine Agitation für das Verbot der Sonntagsarbeit, die zuerst von den Arbeitervereinen inszeniert wurde und der in der Folge besonders die Privatbeamten und Handlungsgehilfen Nachhalt verliehen. Im März 1904 lehnte die italienische Kammer in geheimem Abstimmung das Gesetz des Genossen Cabrini über die Sonntagsruhe ab, nachdem sie es in namentlicher Abstimmung bei der ersten und zweiten Lesung angenommen hatte! In der Folge wurde das Arbeitsamt beauftragt, eine Enquete über die Sonntagsruhe in Italien vorzunehmen.

Die vom Direktor des Arbeitsamtes, Professor Montemartini, angeführte Erhebung ist nun dieser Tage erschienen — ein 200 Seiten starker Band, der allerdings mehr von Sonntagsarbeit als von Sonntagsruhe handelt. Die Enquete wurde auf die ganze Industrie, auf Handel und Verkehr ausgebreitet unter Berücksichtigung der Landwirtschaft, von denen man weiß, daß in ihr die Fest- und Sonntagsruhe strengstens eingehalten wird, außer wenn die Witterungsverhältnisse dringend Sonntagsarbeit fordern.

Die Ergebnisse der Erhebung sind sehr unerfreulich: Sonntagsarbeit ist die Regel, Sonntagsruhe die Ausnahme. Der Bericht unterscheidet dreierlei Gründe der Sonntagsarbeit: technische (Hochöfen, dem Verderben ausgesetzte Rohstoffe usw.), öffentlichen auf öffentliches Interesse (Straßenbeleuchtung, Verkehr, Bäckereien) und brittens wirtschaftliche. Unter letzteren scheint man das Interesse der Unternehmer zu verstehen. Sicher ist, daß in unzähligen Betrieben gearbeitet wird, wo keinerlei technische oder öffentliche Bedürfnisse Sonntagsarbeit fordert. Im ganzen kann man sagen, daß nur die gut bezahlten und hoch qualifizierten Arbeiterkategorien Sonntagsruhe durchgesetzt haben, wahrscheinlich weil ihre Lohnverhältnisse ihnen erlauben, sich wenigstens einmal in der Woche einen Ruhetag zu gönnen.

Sonntagsarbeit ist die Regel in der ganzen Montanindustrie — mit Ausnahme der sizilianischen Schwefelbergwerke. Ebenso wird am Sonntag gearbeitet an Hochöfen, während in den Siebereien und mechanischen Betrieben die Ruhe vorherrscht. In den Werkstätten zur Herstellung von Gas und elektrischem Licht wird am Sonntag gearbeitet, aber die Arbeiter haben einen Ruhetag wöchentlich. In der Ziegel- und Bausteinindustrie und in der Lebensmittel-fabrikation wird stets den ganzen Sonntag gearbeitet, in der Textilindustrie, Bekleidungs- und Reinigungsindustrie einen Teil des Sonntags. Die Handelsangestellten kennen keine Sonntagsruhe, auch keinen Ruhetag in der Woche, ebenso die Angestellten in Hotels, Restaurants usw.

Andere Gewerbe haben Sonntagsruhe in den großen Betrieben, während in den kleinen gearbeitet wird, so in den Gerbereien und in den Industrien zur Verarbeitung tierischer Produkte, sowie in den Süßfabriken.

In der Schuhfabrikation tritt an die Stelle der Sonntagsruhe — einer alten Gewohnheit gemäß — die Montagsruhe. Am Sonntag wird den halben Tag gearbeitet.

Völlige Sonntagsruhe findet sich in den Druckereien, in der Luxus- und Präzisionsindustrie, in der chemischen Industrie, in der Papierfabrikation und im Baugewerbe.

Was die Staatsbetriebe betrifft, so wird in den dem Tabak- und Salzmonopol zugehörigen Betrieben nie am Sonntag gearbeitet, ebensowenig in den Arsenalen des Meeres und der Marine. Die Eisenbahnen haben einen wöchentlichen Ruhetag; dagegen hat das Post- und Telegraphenpersonal am Sonntag nur eine geringe Verkürzung der Arbeitszeit.

Das Sanitätspersonal, besonders die Apotheker und Krankenwärter, haben zumeist einen wöchentlichen Ruhetag. Die Angestellten der Tageszeitungen haben Sonntagsruhe nur bei den katholischen Blättern; bei den anderen wird die ganze Woche — mit schwachen wöchentlichen oder vierzehntägigen Ruhetagen — gearbeitet.

Die Enquete zeigt, daß die Sonntagsruhe in Italien noch sehr weit davon entfernt ist, zu einer Landesgewohnheit zu werden. Da heutzutage die religiösen Beweggründe, die gerade die Sonntagsarbeit verhindern, sehr wenig ins Gewicht fallen, so ist anzunehmen, daß die Arbeiter sich durch ihre Organisation eher einen wöchentlichen Ruhetag erkämpfen, ehe von Seiten der Gesetzgebung ein Verbot der Sonntagsarbeit durchgesetzt wird, für das das große Publikum nur geringes Interesse zeigt.

Deutsches Reich.

Die Zentrumspreffe und die Fleischnot.

In den Zentrumsblättern, die in den Industriezentren des Westens erscheinen, völligst sich seit kurzem in Bezug auf die Fleischverjorgungfrage eine Schwärzung. Während früher diese Blätter der Forderung einer Dämpfung der Grenzen für die Vieheinfluß ebenbürtig gegenüber standen, wie die konservativen Organe vom Schlage der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Kreuzzeitung“, findet neuerdings das Verlangen nach Einfuhrerleichterung bei ihnen eine gewisse Befürwortung. Ein neuer Beweis dafür, wie gesameidig die ultramontane Presse sich den Stimmungen ihrer Leserkreise anzupassen versteht; denn nicht der Erkenntnis der Bodenständigkeit der bisherigen Argumentation, sondern der Mißstimmung des ärmeren Teiles der Zentrumsanhängerschaft über die noch immer steigenden Fleischpreise entspringt die veränderte Auffassung jener Blätter: eine Tatsache, die allein schon dadurch beweisen wird, daß sich der Wechsel auf jene ultramontanen Organe beschränkt, die vornehmlich mit einem aus industriellen Arbeitern und Kleinbürgern bestehenden Leserkreis zu rechnen haben, während die in ländlichen Gegenden erscheinenden Zentrumsblätter mit Jähligkeit an den abgestandenen Lebensarten der „Deutschen Tageszeitung“ festhalten.

Recht interessant ist es zu verfolgen, wie bei dem Verlassen, ihren neuen Standpunkt zu begründen, die eine weitere Grenzöffnung befürwortenden Blätter jetzt mit den Einwänden versehen, die sie selbst noch vor kurzer Zeit als unabweisbar hingestellt haben und die auch heute noch von den meisten ultramontanen Blättern

und Blättern als tiefste landwirtschaftliche Weisheit ausgespielt werden.

So antwortet z. B. die „Köln. Volksztg.“ in Nr. 843 auf die Behauptung der konservativen Presse, die Grenzöffnung sei zwecklos, da in den Nachbarländern die Viehpreise fast ebenso hoch ständen wie auf den deutschen Märkten, mit der treffenden Abfertigung:

„Sind wirklich, wie von der anderen Seite oft behauptet wird, die Preise in den Grenzländern nicht niedriger, so wird ein Preisrückgang nicht zu erwarten sein und eine Schädigung der Landwirte auch nicht eintreten. Warum also die Aufsehung?“

Und auf den Einwand, von einer Viehnot könne deshalb nicht die Rede sein, weil pro Kopf der Bevölkerung berechnet die Viehzucht im Vergleich zu früheren Jahrzehnten zugenommen habe, entgegnet sie:

... die Zahl der Tiere, an denen Schlacht- und Fleischbeschau im Halbjahre 1908 vorgenommen wurde, ist gegen dieselbe Zeit des Vorjahres ungeheuer zurückgegangen. Bei den Schweinen betrug der Ausfall 848 427 und bei Kälbern 188 967 Stück: eine Zunahme beim Rindvieh mit 34 442 kann den Ausfall durchaus nicht bedecken. Unter Berücksichtigung der Einfuhr ergibt sich für das Halbjahr 1908 ein Ausfall von rund 45 Millionen Kilo im Vergleich zu 1905 für dieselbe Zeit. Diese Zahlen fallen um so schwerer ins Gewicht, als auch der Ausfall im Jahre 1905 gegenüber 1904 schon ganz gewaltig war. Wenn auch vor einigen Tagen in verschiedenen Tagesblättern nachgewiesen wurde, daß im Monat August an verschiedenen Hauptmärkten die Viehzufuhr eine stärkere gewesen ist, so beweist das nicht viel. Denn wer bürgt dafür, daß nicht das Vieh am selben Markte mehrmals oder sogar auf anderen Märkten nochmals aufgetrieben wurde? ...

Die jetzigen Preise sind aber entschieden zu hoch. Die Schuld allein auf den Zwischenhandel abwälzen zu wollen, geht nicht an, denn die Preise, die den Landwirten und auch den Viehverwertungsvereinigungen gezahlt werden, sind sicher nicht als gering zu bezeichnen. Der Zwischenhandel ist jetzt nur einmal die beliebte Abladebrücke, die alles aufnehmen muß, wenn es sich um Fleischsteuerung handelt. Man begreift nur nicht, daß die Herren vom Zwischenhandel nicht vor einigen Jahren schon auf diese gewinnbringende Idee gekommen sind. Hat der Zwischenhandel da vielleicht nicht gefanden? Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß ein verteuertes und zum Teil überflüssiger Zwischenhandel nicht bestehe, dessen Ausmerzung im Interesse der Fleischkonumenten gefordert werden muß. Es ist immer wieder von der Ausschaltung des verteuerten Zwischenhandels, von der Gründung von Viehverwertungsvereinigungen, Aufhebung der Fleischsteuer in einigen Städten und allerhand anderen Vorschlägen geredet und geschrieben worden. Alles hat aber bislang nichts genützt. Wir zahlen eben höhere Preise für Fleisch, als vor einem Jahre.

Es wird an der katholischen Industriearbeiterschaft liegen, diese Erlendung, die sich plötzlich eines Teils der Zentrumsprelle bemächtigt hat, dadurch weiter zu befördern und zu verbreiten, daß sie ihrer Mißstimmung über den Vieh- und Fleischwucher noch nachhaltigeren Ausdruck gibt wie bisher. Vielleicht fühlen sich dann noch manche anderen Zentrumsorgane bewogen, ihre Versuchungstheoretik lautzustellen. —

Kolonialpläne.

Die Regierung scheint nicht nur die Umwandlung der Kolonialverwaltung in ein selbständiges Kolonialministerium, sondern zugleich eine starke Vermehrung der Kolonialbürokratie zu beabsichtigen. Der Finanzminister und der Minister des Innern haben nämlich die nachgeordneten Behörden aufgefordert, ihnen Vorkaufbeamtete, die für eine Verwendung im Kolonialdienst in Frage kommen könnten, für den Schnygebirgsdienst tauglich sind und zum Uebertritt bereit sein würden, in Vorschlag zu bringen.

Die Aufforderung wird damit begründet, daß die dienstlichen Verhältnisse in letzter Zeit die Einberufung einer größeren Anzahl von Vorkaufbeamteten in die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes erforderlich gemacht haben. Um bei weiter eintretendem Bedürfnis Auswärtiger zur Verfügung zu haben, wäre es daher der Kolonialabteilung erwünscht, wenn ihr geeignete militäre Beamte der allgemeinen und der direkten Steuerverwaltung zur Verwendung im Kolonialdienst in Vorschlag gebracht werden würden.

Die Auswärtigen dürfen, wie es in der Aufforderung heißt, im Lebensalter noch nicht zu weit vorgeschritten sein (Altersgrenze etwa 30 Jahre) und müssen die Prüfung für den Bureaudienst der allgemeinen Verwaltung mit Erfolg abgeleistet haben. Die Einberufung erfolgt gegen eine Jahresremuneration von zunächst 1800 M. Alljährlich werden Zulagen bis zu 30 M. monatlich bis zum Höchstsaße von 2520 M. jährlich gewährt. Staatsmäßige Beamte, die bei der Einberufung in ihrer bisherigen Dienststellung bereits höhere Gehaltsstufen bekleiden als jährlich 1800 M., erhalten eine Remuneration in Höhe ihres eintägigen Gehalts zuzüglich des Berliner Wohnungsgeldzuschusses. Nach spätestens fünf Jahren soll die eintägige Anstellung als Assistent mit 2100—3000 M. Gehalt und 549 M. Wohnungsgeldzuschuß erfolgen. Nach weiterer fünfjähriger Dienstzeit können die Assistentenstellen in Bureaubeamtenstellen 1. Klasse mit einem Gehalt von 3000—6000 und 900 M. Wohnungsgeldzuschuß umgewandelt werden.

Als Vorkaufdirektor Dernburg die Leitung des Kolonialamtes übernahm, wählten liberale Wähler zu verstanden, daß seine Vererbung einen Bruch mit der bürokratischen Vielregiererei bedeute. Die Aufforderung des Finanzministers und des Ministers des Innern spricht nicht für diese schönen Hoffnungen. Im Gegenteil wird allem Anschein nach der Kolonialverwaltungsdapparat sich in Zukunft noch weit höher im Preise stellen als bisher. Schon die geplante Auflösung des Schutztruppenkommandos von der Kolonialabteilung und dessen Unterstellung unter einen besonderen Divisionsgeneral bedingt Mehraufwendungen. Dazu neue Ausgaben für die oben angelegte Vermehrung der Kolonialbürokratie und für die sicherlich alsbald nachfolgenden neuen Eisen-, Oasen- und Brunnenanlagen! Schöne Aussichten für den Reichssäckel und die, die ihn füllen müssen. Herrn Dernburgs Regiment wird sehr loßbar. —

Ein dankbarer Kirchenfürst.

Als dankbarer „Anker“ erweist sich der Kardinal-Erzbischof Hieron von Köln. Seit ihm des Kaisers Puld gnädigst geleuchtet, fühlt er sich bemüht, bei jeder Gelegenheit über die Günstigkeit der ungläubigen Sozialdemokratie zu lamentieren und seine Schäflein zum Kampfe für die sittlichen Güter der alleinstehenden Kirche und heilige heilige Weltordnung aufzurufen. Auch bei der vorgetherten abgehaltenen Einweihungsfeier der St. Michaelskirche in Köln leistete er sich wieder dieses Spezial-Vergnügen. Er sagte: „Auch unser Kaiser und König steht mit unserer Kirche in enger Beziehung, wenn auch nicht direkt. Die Kirche ist nicht nur ein Haus des Gebetes und des Segens, sondern auch ein Bollwerk zur Wahrung der sittlichen Güter, zum Schutze des Vaterlandes und der bürgerlichen Tugenden. In diesem Sinne steht unser erhabener Kaiser und König ebenfalls in Beziehung zu unserer Kirche. Und wenn ich eben gesagt habe, daß unsere Kirche ein Bollwerk ist gegen die, die unsere sittliche

Ordnung untergraben wollen, so freut es mich, auszusprechen zu können, daß die Staatsregierung es versteht, uns immer entgegenzukommen, wenn es gilt, neue Mittel zu finden, besonders in den bedröhten industriellen Gegenden. Und das unter einem Kaiser, der durchdrungen ist von der hohen Bedeutung der Religion für Staat und Gemeinde, der ein warmes Herz hat für alle Unterthanen, namentlich für die unferes katholischen Bekenntnisses. Ihm schlagen alle unsere Herzen entgegen.“

Hammerstein-Moral.

Die „Kreuzztg.“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit den Wahligkeiten und Abstimmungsbestrebungen in der Sozialdemokratie. Sie sieht sich gezwungen anzuerkennen, daß in den letzten Jahren diese Bestrebungen stetig an Boden gewonnen haben, doch verneint sie natürlich, daß diese Bewegung in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft lauterer Motive entspringt.

„Wenn sich unmehr“, mecht das Blatt, „auch Sozialdemokraten daran beteiligen wollen, so könnte man darin ein Zeichen besserer Erkenntnis, wenigstens in einzelnen Kreisen der sozialdemokratischen Partei, erblicken. Die Partei hat aber noch niemals einen Beweis dafür geliefert, daß ihr die wirklichen Wohlfahrtsinteressen der Bevölkerung am Herzen liegen. Die Arbeiterinteressen, die sie im Munde führt, dienen ihr nur als Mittel zur Erregung von Unzufriedenheit und zur Verhegung. So handelt sich also für die Sozialdemokratie nur um die taktische Frage, ob das Eintreten für oder gegen den Alkohol einen größeren oder geringeren Nutzen für ihre Parteibestrebungen zu bieten scheint. Die Parteileitung handelt vorläufig noch nicht zurückhaltend und scheint also noch die Auffassung zu haben, daß sie für ihre revolutionären Bestrebungen von den Alkoholfreunden mehr zu erwarten hat als von den Alkoholgegnern. Dem sozialdemokratischen Parteistandpunkt betrachtet, erscheint diese Auffassung, so unmoralisch sie auch sein mag, logisch, und so ist anzunehmen, daß auch in Zukunft wenigstens von den zielbewußten Parteiführern des Wirthehauses weiter als Vorkurs der politischen Freiheit des Proletariats und der Alkoholgenuss als ein Element für die revolutionären Bestrebungen behandelt werden wird.“

Die Reue zeigt, wie sehr das Blatt noch immer unter dem Einfluß der Hammerstein'schen Ethik steht. In seiner Sentimentalität ist ihm vollständig das Verständnis dafür zu fehlen, wie lächerlich es sich mit seiner verlogenen Sittlichkeitspredigt macht; ist doch gerade die „Kreuzztg.“ das ständige Spezialorgan der jüdischen Synagogen und Jüdisfabrikanen, und findet doch diese christliche Menschheitsliebe nicht Unehrenhaftes darin, den Konventionen des von ihr propagierten Jüdis zur Förderung der jüdischen „Wohlfahrtsinteressen“ eine jährliche Liebesgaben-Revenue von ungefähr 48 Millionen Mark abzuwanden. —

„Es ist hinreichend Platz genug“

Unser Ehemaliger Parteiorgan, die „Volksstimme“, hat seit April dieses Jahres nicht weniger als sechs Verleumdungsklagen zu registrieren. Im Anschluß an eine der Beurteilungen, die jenen Anklagen folgten, erlaubte sich die „Volksstimme“ die bescheidene Anfrage bei der Staatsanwaltschaft, ob diese vielleicht glaudt, daß die vielen Anklagen etwas „bessern“. — Herr Oberstaatsanwalt Pohl hat jetzt auf jene bescheidene Anfrage hin eine Antwort erteilt. Bei der jüngsten Prozeßverhandlung gegen die „Volksstimme“ sagte er u. a.:

„Wir sind nicht so große Idealisten, daß wir glauben, die Strafen würden besser bei den sozialdemokratischen Redakteuren; die Staatsanwaltschaft läßt sich aber dadurch nicht beirren. Sie wird Anklagen erheben auf Grund eingehender Strafanträge und wenn das öffentliche Interesse es erfordert. Die Justiz kann es ausschalten. Wir haben gerade jetzt genug Platz in den Strafanstalten.“

Also sprach der Oberstaatsanwalt. Er hat doch nicht etwa sagen wollen: Weil gerade genug Platz in Strafanstalten ist, deshalb erheben wir Anklagen?

Vielleicht beantwortet der Herr Oberstaatsanwalt auch diese Frage. — Hebrigen wird man gut tun, sich jene Antwort des Herrn Pohl zu merken. Wir werden von ihr bei passender Gelegenheit nicht übel Gebrauch machen können. —

Die stittliche Pflicht eines Redakteurs. Der Handelsredakteur der „Kölnischen Zeitung“ wurde zunächst vom Schöffengericht zu Hamburg zu 30 M. und dann von der Verurteilungsinstanz zu 800 M. Geldstrafe verurteilt, weil er in einem „Anmierbankiers“ besetzten Artikel die Inhaber einer Hamburger Bankfirma beleidigt haben soll, die in überhöfswürdigen Worten sabafrkanische Goldschatze zum Kaufe anboten. Der Angeklagte, der gegen dieses Urteil beim Hanseatischen Oberlandesgericht Revision einlegte, die vor einigen Tagen zur Verhandlung gelangte, bestritt die beleidigende Absicht und erklärte, nur eine stittliche Pflicht erfüllt zu haben, als er das Publikum vor dem Ankauf der Papiere warnte; er habe mithin nur berechtigte Interessen vertreten, weshalb er seine Freisprechung erwarte. Das Oberlandesgericht wies die Revision als unbegründet zurück, weil durch die Erfüllung einer stittlichen Pflicht keine berechtigten Interessen vertreten worden. — Diese wunderliche Ansicht stimmt zwar nicht mit dem Gesetz, wohl aber mit der kritisch und preßfeindlichen Rechtsprechung des Reichsgerichts überein und prälimiert geradezu den Schwundel. Selbstredend wird durch eine derartige Rechtsprechung die Presse sich nicht abhalten lassen, ihre Pflicht zu tun. —

Zur Frage der Militärgerichte. In sinnloser Trunkenheit begangene Ausschreitungen bei der Kontrollversammlung muß der Rekrut St. mit einer Gefängnisstrafe von vier Jahren büßen. Die Vorgänge, die dem Urteil zu Grunde liegen, erinnern an den Fall der beiden Landwehrlente in Altona, der seinerzeit allgemeines Aufsehen erregte. St. war in angetrunkenem Zustande zu einer Kontrollversammlung erschienen, und als Grund für seine Trunkenheit gab er an, er habe sich und seiner Braut, die ihm untreu geworden, nach Beendigung der Verlammlung das Leben nehmen wollen und sich hierzu Mut angetrunken. Mit der Liebestragödie sollte es aber nicht werden. Auf dem Kontrollplatz wurde den Leuten befohlen, die Papiere fortzuliegen, der Angeklagte tat dies nicht. Er lief aus dem Wäde heraus, führte die Verlammlung und gebrauchte gegen den Major beleidigende Reuegerungen. Darauf dieser den St. durch einen Gewandarm festnehmen ließ. Aber erst mit Hilfe mehrerer Reservisten gelang es, den sich Widergebenden abzuführen. Auf dem Transport erhob sich der Angeklagte los und lief wieder nach dem Kontrollplatz zurück. Als man ihn nun wieder festnehmen wollte, warf er sich zu Boden und schlug mit Händen und Füßen um sich. Der Exzess mußte schließlich auf einen Wagen festgebunden und nach der Arrestzelle transportiert werden. Dort tobte St. weiter. Als er am folgenden Morgen geweckt wurde, wollte er von den ganzen Vorgängen nichts mehr wissen. Das Oberkriegsgericht nahm für die wiederholten Gehorhamsverweigerungen, Achtungsverletzungen und Widerlegungen eine sorgfältige, einheitliche Handlung an und erkannte auf vier Jahre Gefängnis. Gegen dieses Urteil legte St. beim II. Senat des Reichs-Militärgerichts Revision ein, die aber in der letzten Sitzung verworfen wurde. —

Schuh gegen Richter! Der gegen einen Strafrichter gestellte Strafantrag eines angesehenen bürgerlichen Redakteurs erregt

zurzeit — besonders in Preßkreisen — lebhaftes Interesse. Der betreffende Redakteur hat die Verleumdungsklage angestrengt, weil ihm von dem Richter in der Ausfertigung des Urteils in einer Privatnote ohne jede Begründung der schwere Vorwurf einer niedrigen Gesinnung gemacht wurde. In der Sache selbst handelte es sich um zwei in einem Hochblatte veröffentlichte recht harmlose Artikel, in denen in sachlicher Form in Wohnrechnung der rechtigsten Interessen mitgeteilt wurde, daß ein Weinkändler, der Präsident eines Karnevalvereins ist, sich um eine preußische Lotteriereinahme beworben hätte, aber erfahren mußte, daß seine karnevalistische Würde als „General“ ihn noch kein Anrecht auf die eintägliche Stellung eines preußischen Lotteriereinnehmers gewähre. Jede beleidigende Absicht lag den Artikeln fern; der Weinkändler fühlte sich aber beleidigt, und das Schöffengericht kam auch zu einer Verurteilung des Redakteurs in Höhe von 100 M. Bei der mündlichen Verkündung des Urteils wurde die auffallende Höhe der Strafe durch die Schmere der Verleumdung begründet. Beim Eingang der von dem vorstehenden Richter befohlenen schriftlichen Ausfertigung fand der Verurteilte jedoch folgende Begründung: „Mit Rücksicht auf die Gröblichkeit der Verleumdung und die in den Artikeln und ihren Notizen zum Ausdruck kommende niedrige Gesinnung erschien eine Geldstrafe von 100 M. am Platze.“

Es ist nicht selten in Preußen-Deutschland, daß Angeklagte — auch Zeugen zuweilen — sich über das Verhalten von Staatsanwälten bitter zu beklagen haben. Die Herren Richter treiben es zwar im allgemeinen nicht so toll wie die Anwälte des Staates, aber auch sie sind zumeist nicht gerade von ausbündiger Freundlichkeit. Die Fälle, daß die betreffenden Angeklagten oder Zeugen sich bedauern oder gar den Klageweg beschreiten, sind leider recht selten; sonst würden wir wohl tagtäglich von Prozessen wie dem jenes Redakteurs zu hören bekommen.

Ohne Zweifel ist es verdientlich und liegt es im Interesse der Allgemeinheit, wenn man Staatsanwälten oder Richtern dreierlei Ueberriffe nicht hingehen läßt. Nur fehlt es dem preußischen Normal- und Durchschnittsmann an der nötigen Courage. Unferer Parteigenossen, die ja besonders leicht in die Lage kommen, vor den Schranken des Gerichts erscheinen zu müssen, haben schon öfter solchen Angriffen auf ihre Ehre zu begegnen gewußt. Entinert sie nur an jenen Fall in Erfurt, wo ein Redakteur unferer „Tribüne“ von einem Staatsanwalt „gerichtsamtlicher Ehrenschneider“ tituliert wurde — ein unechterer Angriff, der dem vom Verleibigten zur Rechenschaft gezogenen Vertreter der Anklagebehörde eine Geldstrafe eintrug! —

Deutsch-Ostafrikanisches. Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika meldet telegraphisch: Der Kriegszustand und die vorläufige Sperrung der Bezirke Kilwa, Lindi, Siogea, Langenburg, Iringa, Wabenge, Ruanga, ist bis auf zwei kleine Gebiete im Westen und Norden von Siogea aufgehoben worden.

Der Kampf in den südwestafrikanischen Sandwüsten erfordert noch immer weitere Opfer. Ein Telegramm aus Windhof meldet: Am 25. September d. J. bei Tauris verwundet: Gefreiter August Bayer, geb. am 19. 9. 80 zu Meiningen, Saub. Kinde Prusl. Am 25. September d. J. bei Tauris verwundet: Gefreiter Adam Rögheimer, geb. am 12. 9. 83 zu Köslau, drei Streifschüsse Kopf, Saub. beide Oberextremitäten. Ferner: Reiter Dietrich Wäggel, geb. am 20. 10. 83 zu Celle, am 25. September d. J. im Feldlager bei Kalkfontein Süd an Rierenentzündung gestorben. Gefreiter Hermann Werner, geb. am 8. 11. 81 zu Altenburg, am 26. September d. J. auf der Station Kößing beim Rangieren von Wagen tödlich verunglückt. Gefreiter Bruno Neumann, geb. am 21. 3. 75 zu Mittelbach, am 24. September d. J. in Alderibucht tot im Wett aufgefunden, ertrinkt.

Ein Postfisch ernannt in der neuesten Nummer des Schließens die Genossin Zetkin zur russischen Jüdin. Da wird uns wohl nächstens auch Genosse Kuer als Landsmann der Genossin Ruzenburg präsentiert werden. —

Ausland.

Oesterreich.

Der Wahlforschungsbescheid des Abgeordnetenhauses verhandelt am Montag über einen von Schlegel (Zentrum) gestellten Antrag auf Einführung der Wahlpflicht nach belgischem Muster. Im Laufe der Debatte erklärte der Minister des Innern, Frhr. v. Dierert, die Regierung verkenne keineswegs die Vorteile sowie die ethische Bedeutung des Gedankens der Wahlpflicht, da durch diese die Vorteile der einzelnen Parteien in der Wahllegislation aufgehoben und der Gedanke der Wahlforschungs-gleichheit verwirklicht würde. Dem Gedanken ständen aber Schwierigkeiten entgegen, da zunächst durch die Wahlpflicht in der Wahllegislation ein dem allgemeinen Rechtsgefühl wenig vertrauter Begriff Anwendung fände, und da sich ferner eine Belastung der Bevölkerung sowie zahlreiche Strafprozesse ergeben würden. Die Regierung glaudt deshalb dem Ausschusse die Entscheidung überlassen zu sollen. Falls die Mehrheit des Ausschusses einer Stipulation der Wahlpflicht geneigt wäre, würde die Regierung einen Vermittlungsantrag Gehmann den Vorschlag geben, durch den das Prinzip und die Grundzüge der Wahlpflicht durch Reichsgesetz festgelegt, die Durchführung dieser Grundzüge aber den Landtagen überlassen würde. — Der Ausschuss setzte einen Unterantrag von zehn Mitgliedern zur Beratung des Antrages Schlegel ein, der binnen drei Tagen seinen Bericht zu erstatten hat. —

Ungarn.

Herr Polanyi an der Arbeit.

Es ist etwa zwei Monate her, daß wir über die Erpressung des ungarischen Bundesministers von Jemel-Ralufy gegen seinen Gutsvorwalter ausführlich berichtet haben. Die Klage des Gutsvorwalter gegen den Minister wurde vom bürgerlichen Gericht erster Instanz abgewiesen. Nun wurde auch die Kriminalanzeige von der Staatsanwaltschaft in Komarom mit der Motivierung abgelehnt, daß sie — die Staatsanwaltschaft — keinen Grund finde zur Verurteilung. Die Anklage übernahm demzufolge der Rechtsbeistand des Gutsvorwalter, und die Angelegenheit wird somit nicht so leicht von der Tagesordnung verschwinden.

Derartige Klagenurteile übertrafen bereits niemand in Ungarn; denn der Umstand, daß das Justizwesen in Händen des Herrn Polanyi liegt, erklärt alles. Hebrigen wird von der oppositionellen Presse die Schmutzwäsche des Herrn Polanyi wieder einmal per aller Welt entfallt. Es werden neuerdings Briefe veröffentlicht, die ihn als einen Lügner erklären. Und Herr Polanyi schwört zu all' dem! Er steht obmächtig und häßlos da. Es wird u. a. festgelegt, daß er sogar noch als Justizminister mit dem Norddeutschen Lloyd in Wien in reger geschäftlicher Verbindung steht, was er vor dem Plenum des Parlamentes abgelehnt hat! Die sonst so rühmigen Staatsanwälte scheinen „auf höheren Befehl“ in dieser schmutzigen Angelegenheit nichts zu unternehmen.

Als Herr Polanyi seinerzeit ins Kabinett Bekerle eintrat, war gegen ihn ein Verfabren wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet. Nun hat Herr Polanyi beim Oerzherzog erwirkt, daß jene politischen Vergehen, die während des „nationalen Kampfes“ begangen wurden, nicht weiter verfolgt und daß die noch nicht rechtskräftigen Urteile außer Kraft gesetzt werden. Herr Polanyi und die Koalitionshelden haben hierdurch ihre eigene Haut gesichert!

Nicht so erging es unferen Genossen. Der Parteisekretär Genosse Emanuel Buchinger z. W. schrieb während der fraglichen Zeit in der „Republik“ einen Leitartikel, der auch auf den Strafen plakatiert wurde. Buchinger wurde von der Staatsanwaltschaft angeklagt und wegen „Aufreizung“, obwohl er noch nicht verurteilt war, zu acht Monaten Gefängnis verurteilt! Vom höchsten Gerichtshof wurde dieses Urteil vor einigen Tagen bestätigt.

Spanien.

Der Bischof von Tuz veröffentlicht soeben — wie der „Post.“ ein Privattelegramm vom 2. Oktober meldet — einen neuen Hirtenbrief mit heftigen Ausfällen gegen den Justizminister! In dem Ministerrat, der heute (Mittwoch) stattfand, wollte König Alfonso, wie wir am Montag lasen, den „Zwischenfall“ des Bischofs von Tuz zur Erledigung bringen. Es dürfte ihm jetzt, nach Erscheinen des zweiten Hirtenbriefes, doch wohl schwer fallen, eine Versöhnung zwischen seinen Ministern und dem freisinnigen Pfaffen herbeizuführen.

Nach dem spanischen Strafrecht hätte der Bischof von Tuz eine Geldstrafe verdient und müßte er zeitweilig seiner priesterlichen Tätigkeit entzogen werden.

Madrid, 2. Oktober. „Gnade“. Der Generalstaatsanwalt hat gestern seine Anklage in Sachen des Attentats vom 31. Mai dem Vorsitzenden des Gerichts zugestellt. Er beantragt gegen den Attentäter sechzehn Jahre Gefängnis und gegen den Verleger Raden neun Jahre.

Ursprünglich hatte der Staatsanwalt die Todesstrafe vorge schlagen.

Australien.

Die Finanzen zu regeln in den Verhältnissen der einzelnen Staaten zum Bunde, soll am 8. Oktober in Melbourne eine Konferenz der Ministerpräsidenten und Parteiführer der einzelnen Staaten stattfinden. Die Bundessteuern betragen 12 Millionen Pfd. Sterl., davon erhalten die Staaten etwa 7 Millionen zurück. Sie sind sämtlich arg verschuldet.

Für die Verstaatlichung der Zuckerraffinerien in Queensland sprach sich Dr. Maxwell, der Direktor des Amtes für Agrikultur, in einem Bericht an die Regierung aus. Dr. Maxwell war mit der Untersuchung der Verhältnisse in den Zuckerraffinerien, die dem Staate große Summen schulden, beauftragt.

Aus Industrie und Handel.

Die „Löhne“ der Aktionäre.

Die Dividende der Nähmaschinenfabrik Karlsruher soll für das letzte Jahr 17 Prozent betragen, 1 Prozent mehr als im Vorjahre. — Die Kraftfahrzeugfabrik A. G. Berlin hat eine Dividende von 12 Prozent in Aussicht genommen. — Wiedemann 12 1/2 Prozent bringen die Vereinigten Zementfabriken Nürnberg zur Verteilung. — Von 6 auf 8 Prozent erhöhte sich die Dividende der Weisitzfabrik vorm. Joh. Haber A. G. — Der Aufsichtsrat der Württembergischen Maschinenfabrik beantragt, 8 Prozent Dividende auszuschießen, gegen 5 Prozent im Vorjahre. — Die Viktoriawerke Nürnberg wollen diesmal 8 Prozent Dividende herausbringen, im Vorjahre betrug die Dividende 6 Prozent. — Die Aktionäre der Gladbacher Wolllindustrie erhalten für das letzte Jahr 14 Prozent, im Vorjahre mußten sie sich mit 12 Prozent bescheiden. — Von 7 auf 8 Prozent stieg die Dividende der Sächsischen Drahtindustrie A. G. in Mannheim-Waldhof. — Die Tonindustrie A. G. in Frechen bei Köln gibt 15 Prozent, gegen 12 Prozent für 1904/05. — Die Papierfabrik der Fabrik für Eisenindustrie A. G. in Gorpe, die im Vorjahre keine Dividende erhielten, bekommen diesmal 8 Prozent. — Eine Dividende in gleicher Höhe wie im Vorjahre, 14 Prozent, wirft der Schweizer Bergwerksverein ab.

Lohnkosten — Betriebsüberschuss. Nach der Abrechnung der Gewerkschaft Langenbrunn, Steinlohnbergwerk, pro Juli-August betrug die Geldeinnahme 800 915,88 M. Die Ausgabe für Gehälter und Löhne wird mit 245 474,73 M. ausgewiesen, die Gesamtsumme beläuft sich auf 555 441,15 M., so daß ein Netto-Betriebsüberschuss von 245 474,73 M. verbleibt. Der Betriebsüberschuss hält sich demnach mit den Ausgaben für Löhne und Gehälter annähernd die Wage.

Boden-A. G. Berlin Nord. Nach Mitteilungen der Verwaltung hat die Gesellschaft aus Hausverläufen bisher 400 000 M. Nutzen erzielt, wobei der aus den Terräinverläufen in der Postleustraße erzielte Gewinn noch nicht verrechnet ist. Von letzterem Terräin wurde eine Fläche von 4700 Quadratmeter an die Stadt Berlin beauftragt, eine städtische Oberrealschule zu veräußern, wodurch der größte Teil der in diesem Geschäft investierten Vornittel der Gesellschaft bereits bis Ende dieses Jahres wieder zufließt.

Neue Verbände. Eine in Frankfurt a. M. abgehaltene Versammlung von Fabrikanten der Kofosmatten- und Läufer-Industrie erklärte sich einmütig mit der Bildung einer Konvention einverstanden.

Die rheinischen Schwemmsteinfabriken beschließen die Bildung eines Verkaufsvereins mit dem Sitz in Neuwied. Der Vereinigung gehören 80 Fabriken mit einer Produktion von jährlich 250 Millionen Steinen an.

Rheinische Braunkohlenindustrie. Der Gesamtabsatz an rheinischen Braunkohlen betrug sich im Geschäftsjahre 1905/06 des Braunkohlenvertriebsvereins auf 2 112 433 Tonnen, was einer Absatzzunahme um 15,41 Proz. und 7,16 Proz. der Gesamtproduktion der Vereinswerke entspricht. Der Braunkohlenvertriebsverein hat zurzeit fast die ganze Versteigerungsmöglichkeit der Vereinswerke fest verkauft, und es ist zu erwarten, daß, sofern der Winter einigermaßen zeitig einsetzt, die Braunkohlenindustrie bis zum Frühjahr voll beschäftigt sein wird.

Prager Eisenindustrie-Gesellschaft Wien. Das Unternehmen erfreut sich des allerbesten finanziellen Wohlbefindens. Auf das Aktienkapital von 25,7 Millionen Kronen werden für das letzte Geschäftsjahr 37 1/2 Proz. Dividende, gleich 9 687 500 Kronen verteilt. Für die fünf Jahre vorher betrug die Dividende 35, 30, 20, 14 und 23 1/2 Proz. Für die Jahre 1900/01 bis 1903/04 inklusive wurden auf das bis dahin 10,5 Millionen Kronen betragende Aktienkapital rund 15 1/2 Millionen Kronen Reingewinn erzielt, für die letzten sechs Jahre betrug der Reingewinn 34,8 Millionen Kronen, woraus 170 Proz. Dividende verteilt worden sind. Nach den Aussichten für das laufende Jahr ist für 1906/07 ein Ergebnis zu erwarten, das hinter dem diesjährigen nicht zurückbleibt. Die Aktionäre der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft haben kein schlechtes Handwerk erwählt.

Neue Schiffsahrtsgesellschaft. In Hamburg ist durch Zusammenfassung der chinesischen Küstenfahrts-Gesellschaft und der Dampfschiffahrtsgesellschaft Triton-Bremen eine neue Gesellschaft unter der Firma Hamburg-Premer-Afrika-Linie gegründet worden. Das Kapital, 9 Millionen Mark, und zwar 6 Millionen Mark Aktienkapital und 3 Millionen Mark Schuldverschreibungen ist bereits teils durch die alten Aktionäre der beiden Firmen, teils durch Hamburger und Bremer Banken gezeichnet worden.

Bodenpekulation. Die Bodenaktiengesellschaft Wahrenthal in Adelnau will für das abgelaufene Geschäftsjahr 15 Proz. Dividende verteilen. Der Generalversammlung soll ferner vorgeschlagen werden, eine Rückzahlung von 50 M. pro Aktie vorzunehmen, wodurch der Normalbetrag der Aktien auf 1000 M. ermäßigt würde.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Formier- und Gießerarbeiten befinden sich bei der Firma Siemens, Rankow, im Streik. Es ist deshalb der Zugang fernzuführen.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Achtung! Musikinstrumentenarbeiter des Holzarbeiterverbandes!

Wir machen die Kollegen noch an dieser Stelle auf die heutige Vertrauensmänner-Versammlung aufmerksam, in welcher für unsere Bewegung sehr wichtige Beratungen gepflogen werden. Deshalb ist es notwendig, daß jeder Betrieb einen Vertreter entsendet.

Die Branchenleitung.

Die streikenden Balkenholzmacher hielten am Dienstag eine Versammlung ab, in der Hamacher über die Verhandlungen mit dem Fabrikantenverband Bericht erstattete. Wie der Referent hervorhob, ist es das erste Mal, daß der Fabrikantenverband, der bisher Verhandlungen mit Vertretern der Arbeiter grundsätzlich ablehnte, sich selber an die Arbeiter wandte, um Verhandlungen einzuleiten. Es ist das ein Zeichen von der fortschreitenden Bedeutung der Arbeiterorganisation. Die Verhandlungen fanden am Sonnabend statt. Sie bezogen sich nur auf die Fabrikanten Melnik und Leiser, weil von den Balkenholzmachern nur diese beiden dem Fabrikantenverband angehören. Wenn bei den Verhandlungen etwas erreicht worden wäre, so würde das gewiß auch für die übrigen streikenden Fabrikanten, die dem Verbands nicht angehören, bestimmend gewesen sein. Die Verhandlungen sind jedoch ohne Ergebnis verlaufen. Zunächst stellte sich die Fabrikantenkommission auf den Standpunkt, daß sie mit „fremden Leuten“, nämlich den beiden Vertretern der Arbeiterorganisation, die neben den Arbeitervertretern und den beiden Fabrikanten anwesend waren, nicht verhandele. Schließlich ließen die Fabrikanten jedoch diesen Einwand fallen und die beiden Organisationsvertreter wurden zugelassen. Dann aber scheiterte die Fortführung der Verhandlung daran, daß die Fabrikantenvertreter verlangten, die Vertreter der Arbeiter sollten das Mandat haben, bindende Abmachungen für die Streikenden zu treffen. Ein solches Mandat hatten die Vertreter der Arbeiter nicht, sie sind vielmehr der Meinung, daß die endgültige Entscheidung über etwaige Vereinbarungen den Streikenden selbst überlassen bleiben müsse. — In der gegenwärtigen Versammlung der Streikenden handelte es sich nun hauptsächlich darum, ob den Vertretern bei den Verhandlungen die Vollmacht erteilt werden solle, mit den Fabrikanten bindende Abschlüsse zu treffen. Die Versammlung sprach sich einstimmig gegen eine solche Vollmacht aus. — Jedemfalls haben sich auch die Fabrikanten in dieser Hinsicht eines anderen besonnen, denn sie sind bereits mit einem erneuten Ersuchen, die Verhandlungen fortzusetzen, an die Streikleitung herangetreten.

Die streikenden Zettelleber, 78 an der Zahl, hoffen durch ihr einmütiges Verhalten zu einem baldigen Erfolge zu gelangen. Die wohlgeübte, systematisch verrichtete Arbeit kann von den neu-eingestellten Leuten nur unvollkommen geleistet werden. Es sind allerdings 18 von den alten Leuten in Arbeit geblieben, die je zwei neue Arbeiter mit auf die Tour nehmen und sie mühsam anlernen. Arbeiter — Streikarbeiter — werden nach der Kurstraße immer noch durch große Plakate an den Anschlagtafeln verlangt; aber es melden sich nicht so viele, als man annehmen sollte. Vor der „Streikarbeit“ schreckt mancher zurück, der zuerst nicht wußte, um was es sich handelte. Die Neueingestellten müssen sich durch Unterricht zu einer 14-tägigen Rindigungsfrist verpflichten. Die Firma will weder mit dem Verbands, noch mit Vertretern der Streikenden aus den eigenen Reihen verhandeln. Daß die Polizei den Streikenden Schwierigkeiten macht, darüber wird fast in jeder Versammlung geklagt. Es wurde bekannt, daß der „Vokal-Anzeiger“ seine Berichte über den Streik direkt von der Firma Raud u. Hartmann bezieht.

Die Angestellten der Firma Wolke sind durch den Widerstand ihres Arbeitgebers gegen die Organisation erst recht darin bestärkt worden, sich um diese Organisation, den Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter, zu bemühen und den „Hörern und Wählern“ willig Gehör zu schenken. Besonders unter den jugendlichen Arbeitern herrscht ein schöner Eifer, Mitgliederarten zum Verbands zu erwerben. Ein Witz-junge ohne diese Karte wird von den übrigen nicht als vollwertig angesehen. Unter den Aufsehern greift die Bewegung ebenfalls um sich; sie zeigen gern ihre braune Legitimationskarte, mit dem Monatskempel versehen, wenn irgend jemand, Mann oder Frau, der Witz faßt, es wagt. Herr Wolke hat viele neue Leute angestellt und entläßt viele von den alten, die ihm mißliebig geworden sind, weil sie durch ihre Zugehörigkeit zum Verbands nach seiner Ansicht nur Unfrieden stiften, aber jede Entlassung erregt wieder die Aufmerksamkeit und Erbitterung der Angestellten, und auch den neuen Leuten kann Herr Wolke nicht lange trauen. Die Organisationsbestrebungen des Verbandes zu unterstützen, wird die Arbeiterschaft von Berlin gern bereit sein, und der Verband rechnet damit.

Der Steinsehtarif und die Poliere.

Am 30. September fand bei Wille in der Brunnenstraße eine Versammlung der Steinseher statt, welche sich mit der Stellung der Steinseher zum Tarif beschäftigte. Aus den Verhandlungen auf dem Einigungskomitee ging hervor, daß der Verein der Poliere außer Genuß des Tarifvertrages steht. Dieses hatte zur Folge, daß sich genannter Verein auflöste. Es folgte darauf eine Versammlung der Steinseher Groß-Berlin am 23. September, welche zu folgendem Beschluß kam: „Am 24. September und in den folgenden Tagen hat auf sämtlichen Baustellen eine außerordentliche Wählerkontrolle stattzufinden. Wo nun Kollegen angetroffen werden, welche keinen Ausweis haben, daß sie den Tariforganisationen angehören, ist es Pflicht aller tariffreien Kollegen, sich um anderweitige Arbeit zu bemühen.“ — Am nun diesen Leuten sofort andere Arbeit nachweisen zu können, sah sich die Schlichtungskommission gehalten, einen provisorischen Arbeitsausweis bei Wille, Brunnenstr. 188, Amt III Nr. 8325 einzurichten. Im Verlaufe der letzten Woche haben sich infolge dieser Maßnahmen mehrere Poliere der Tariforganisation der Arbeiter angeschlossen, so auch der Vorstand des früheren Vereins. Da nun ein Teil der Arbeiter vorgab, von dem Verlaufe der Versammlung am 23. September nicht unterrichtet gewesen zu sein, wurde in der letzten Versammlung noch einmal auf den damaligen Beschluß hingewiesen, und sollen Verträge dagegen von der Tariforganisation der Arbeitnehmer innerhald derselben in geeigneter Weise gerügt werden. — Beschlüssen wurde weiter, den Tarif nicht zu kündigen, sondern nur Revisionsanträge zum Tarif zu stellen. Die Unterbezirke des Tarifbezirk haben nun einzeln Stellung zum Tarif zu nehmen und ihre Anträge bis zum 31. Oktober der Schlichtungskommission zu melden.

Die Isolierer Berlin sind seit Montag in den Streik getreten und ersuchen alle Bauhandwerker, Bauarbeiter und besonders die Heizungsmonteurs, sie in ihrem Kampfe zu unterstützen.

Ueber die Tarifbewegung der Stuhlpolierer, Beizer und Hülsenarbeiter brachten wir in Nr. 224 einen Bericht, der in bezug auf die gegenwärtigen Lohnverhältnisse an einigen Ungenauigkeiten leidet. Der richtig angegebene Durchschnittslohn betrug von 25,60 M. pro Woche gestaltet sich nur dadurch günstiger, daß die Kollegen freiwillig Überstunden machen und somit in der Woche nur einen Durchschnitt von 36,60 M. erzielen, welcher jedoch von nur 120 Kollegen festgesetzt wurde. Ob aber diese 120 Kollegen ihren Durchschnittslohn mit Überstunden richtig angegeben haben, wurde in der Diskussion angezweifelt.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der Gold- und Silberarbeiter in Hanau hat vorläufig einen für die Arbeiter erfreulichen Abschluß gefunden, ohne daß es zu einem Streik gekommen ist. Wie wir berichtet haben, hatte der Arbeitgeberverband auf die Forderungen der Arbeiter zunächst nur eine geradezu höhnische Abgabe gehabt. Nachdem aber die Arbeiter beschlossen hatten, daß sie einmütig die Arbeit niederlegen, wenn eine Verständigung mit den Unternehmern nicht zustande kommt, fanden Verhandlungen zwischen den beteiligten Organi-

stationen statt, die dazu führten, daß die Unternehmer eine allgemeine Erhöhung der Löhne, eine Verkürzung der Arbeitszeit sowie mehrere sonstige Verbesserungen bewilligten. Hierzu nahmen jetzt die beteiligten Arbeiter Stellung. Sie sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß der Arbeitgeberverband die Festlegung eines Mindestlohnes, die Bezahlung der Feiertage und die Einführung von Ferien abgelehnt hat. Die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse nahmen die Arbeiter als erste Abschlagszahlung an und bevollmächtigten ihre Organisationsleitung, auf Grund der durch die Verhandlungen erzielten Verständigung einen Vertrag von Organisationsorganisation abzuschließen. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Die „Rote Erde“-Fragen.

Die Direktion des Hüttenwerks „Rote Erde“ hat der Lohnkommission, mit der sie am Sonnabend auf Ersuchen der letzteren nochmals verhandelte, erklärt, daß im Falle der Wiederaufnahme der Arbeit auf eine Lohnerhöhung gar nicht zu rechnen sei. Die Wiederaufnahme der Arbeit müsse bedingungslos seitens aller Abteilungen und Maschinenisten erfolgen. Die Direktion würde dann ihrerseits etwa ein Duzend Arbeiter maßregeln, also zurückweisen. Weiter müßten sich die Arbeiter ärztlich auf ihren Gesundheitszustand unterziehen lassen.

Es war mir natürlich, daß darauffhin eine gestern vormittag in Haaren abgehaltene Versammlung von 2000 ausständigen Arbeitern den Beschluß faßte, im Auslande zu verharren.

Ran schätzte den durch den Ausfall beim Hüttenaktienverein „Rote Erde“ entstandenen Produktionsausfall im September auf circa 90 000 Tonnen, den Verbandsausfall auf circa 29 000 Tonnen im Werte von circa 3 700 000 M. Verbands wurden im September ab Lager circa 4700 Tonnen.

Sämtliche Arbeiter in den Metallwarenfabriken zu Diefenbach am Main, etwa 1800, haben nunmehr von seiten der Fabrikanten die Kündigung erhalten, nachdem die Schlichter ihre Stellungen am 28. September gekündigt hatten, als die Unternehmer es ablehnten, eine Tarifgemeinschaft auf Grundlage der neunstündigen Arbeitszeit und Minimallohnen für die einzelnen Branchen abzuschließen. Da die jetzt in Kündigung befindlichen hauptsächlich die Metallteile für Portefeuille-Artikel, wie Schlüssel, Wägel, Metallartikel für Reise-Accessoires und Koffer usw. anfertigen, so kann, falls nicht in vierzehn Tagen eine Einigung erzielt wird, eine weitere Folge die sein, daß auch die Portefeuille- und Lederarbeiter, für welche jetzt die Hochsaison eingetreten ist, leicht in größerer Zahl zur Arbeitslosigkeit verurteilt werden können. Auch für eine Anzahl kleinerer Unternehmer in der Portefeuillebranche kann dieser Konflikt in der Offenbacher Metallwarenfabrikation leicht verhängnisvoll werden.

Ausland.

Die Textilarbeiter-Auspeerrung in Enschede.

Das Einigungskomitee hat am Sonnabend eine gemeinsame Sitzung mit den Vertretern der Fabrikanten- und der Arbeiterorganisationen abgehalten. Die Vertreter der Ausgepeerrten richteten zunächst die Frage an die Fabrikanten, ob sie willens seien, in Zukunft bei allen Streitigkeiten zwischen Fabrikanten und Arbeitern die Vermittlung der Arbeiterorganisation zu verlangen und nicht mehr mit den betreffenden Arbeitern allein zu verhandeln. Von der Bejahung dieser Frage machten sie die Besprechung über den Streik bei „de Kamshoeve“ abhängig. Die Fabrikantenvertreter antworteten, daß sie keine Vollmacht zu einer solchen Erklärung hätten; man möge sich mit der Frage an ihre Organisation wenden. Dies ist nun inzwischen geschehen, und zwar mit dem Erfolg, daß die Fabrikantenvereinigung erklärte, sie habe sich niemals geweigert, mit den Vorständen der Arbeiterorganisationen zu verhandeln, und habe auch jetzt keinen Grund, solche Verhandlungen abzulehnen. — Danach kann man wohl erwarten, daß Verhandlungen zustande kommen.

Die Fabrikanten haben auch Grund genug, den Frieden anzustreben. Ihr brutales Vorgehen wird sogar in den reaktionärsten Blättern verurteilt. „Onge Kourant“, ein „antirevolutionäres“ Organ, nennt ihr Vorgehen „einen traurigen Machtmisbrauch“ und ruft ihnen den Spruch ins Gedächtnis: „Wer Wind sät, wird Sturm ernten.“ — Welche Aufregung in der Arbeiterbevölkerung von Enschede herrscht, das zeigte sich in der Nacht vom Sonntag auf Montag. Gegen tausend Personen hatten sich auf der Straße versammelt, um einem Renegaten, der mit seinen vier Kindern einem Fabrikanten Streikbrecherdienste leistet, das Schändliche seines Tuns zum Bewußtsein zu bringen. Wie berichtet wird, ist das Haus des Streikbrechers mit Steinen bombardiert worden. Der Bürgermeister hat infolgedessen Ansammlungen von mehr als drei Personen verboten.

Wenn die Arbeiter hier gegen einen Vertreter ihrer Klasseninteressen Mittel anwandten, die an sich verwerflich sind, so ist das darauf zurückzuführen, daß sie zu einem großen Teil noch nicht organisiert sind. Zudem ist ja die Auspeerrungsstatistik der Fabrikanten ein weit brutaleres Mittel als das Einwerfen einiger Fenstersteine.

Bergarbeiterstreik in Sizilien.

Infolge der sizilianischen Schwefelkrise traten am Montag in Casiro Giovanni 8000 Bergleute in den Ausfall. Der direkte Anlaß war eine Lohnkürzung um 10 Prozent. Die Tumultuanten zerstörten ein Ozeanbühnen und leisteten der Karabinier Widerstand, von denen vier verwundet wurden. Die Karabinier antwortete, indem sie in die Luft schoß und dadurch die Angreifer zerstreute.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Prozeß gegen den Arbeiterdeputiertenrat verlag.

Petersburg, 2. Oktober. (B. T. B.) Die heute begonnene Prozeßverhandlung gegen den Arbeiterdeputiertenrat wurde aus formellen Gründen verlag.

„Landskreiser“.

Stockholm, 2. Oktober. (B. T. B.) Die Regierung wies folgende Finnländer als Landskreiser und gemeingefährliche Personen aus: Ryman, Berden, Anono, Sandell, Kietla und Kallman.

Helferhelfer des Zarismus.

Christiano, 2. Oktober. (B. B.) In Barboe wurde auf Verlangen des russischen Konsuls eine von einem russischen Studenten betriebene Druckerei für revolutionäre Schriften beschlagnahmt.

Entdeckte Bombenwerkstatt.

Charkow, 2. Oktober. (B. T. B.) Die Polizei entdeckte in einer Vorstadt eine Bombenwerkstatt, in welcher zwei fertige Bomben, 60 Metallhülsen und Sprengmaterialien gefunden wurden. Zwei Arbeiter wurden verhaftet.

Agrarunruhen.

Odesa, 2. Oktober. (B. T. B.) Auf dem der Fürstin Wjagomshy gehörenden Gute Karbina im Kreise Bender verbrannten die Bauern 27 000 Pud Weizen. Auf dem Gute Pentshemo, Kreis Tiraspol, zwangen bewaffnete Bauern den Gutsbesitzer, ihnen 3000 Rubel auszugeben und verteilten die Summe unter die notleidenden Dorfbewohner.

International Law Association.

(Nachdruck verboten.)

Im Festsaal der Berliner Handelskammer trat am Dienstag die International Law Association unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Koch zu ihrer Berliner Konferenz zusammen. Die International Law Association ist die größte internationale juristische Organisation. Zu der gestrigen Sitzung hatten sich u. a. der Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Rieberding und der preussische Justizminister Veseler eingeschunden. Das Auswärtige Amt vertrat Wirkl. Geh. Regierungsrat Frankfus. Mit drei Hammer schlägen — nach englischer Sitte — eröffnete The Hon. Sir W. Hann Kennedy, Richter am obersten Gerichtshof in London die Versammlung und erteilte dem Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Rieberding das Wort, der ausführte: Will in unserer so eigenartigen Zeit die Rechtspflege eines Landes ihrer Aufgabe in Wahrheit voll genügen, dann muß sie sich vor allem erfüllen mit dem Geiste des Ausgleichs unter den nationalen Gegensätzen auf denjenigen Rechtsgebieten, auf denen ein immer noch gewaltiger steigender und in seiner Entwicklung noch unabsehbarer Verkehr die Völker immer näher und näher aneinanderbringt. Im Namen des Herrn Reichsanwalters darf ich sagen, daß seine Politik stets bereit sein wird, die in diesem Geiste geführten, auf die Versöhnung aller Kulturvölker gerichteten Bestrebungen der International Law Association nach Kräften zu unterstützen. (Beifall.) Wir sind uns vollbewußt: jeder Schritt auf dem Wege, den Sie gehen, ist gleichbedeutend mit einer Förderung des wohlwollenden und wohlthätigen Schwebens unter den Völkern, ist gleichbedeutend mit einer Förderung des freundlichen, friedlichen Geistes des edlen Weltstreites unter den Völkern. (Lebhafte Beifall.)

Seine Herren! Aus der Geschichte der Arbeiten Ihrer Vereinigung ist es bekannt, daß solche Bestrebungen nicht ohne Widerstand durchgeführt werden können und manche Stunde der Enttäuschung fällt auch in Ihre Arbeiten. Aber dennoch ist es wahr, daß die Welt Ihren Bestrebungen vollen und anfrichtigen Beifall zollt. Das gilt besonders für Ihre langjährigen Bestrebungen zugunsten einer gleichmäßigen, sicheren, menschenfreundlichen Hilfe gegenüber den Gefahren der Schiffskollision auf hoher See, Gefahren, welche in unserer Zeit, wo die Meere von einem dichten Verkehr durchzogen sind, besondere Beachtung verdienen. Es sei erinnert an die Brüsseler Konferenz, die Ihrer Anregung entsprang, und es sei erinnert an die Vermählungen in allen Kulturländern, auf Grundlage der Brüsseler Anregungen zu gemeinsamen Regeln zu kommen. Wirtschaftlich und sittlich so wichtige Probleme aus dem Gebiete der Ideen — wenn man nicht sagen will Träume — in die Wirklichkeit überführt zu haben, das ist das unbestreitbare Verdienst der Law Association. (Lebhafte Zustimmung auf deutscher Seite.) Und ich wünsche, daß diese Tagung die Anregung geben möge, Ihren Erfolgen in der Vergangenheit neue Erfolge in der Gegenwart hinzuzufügen. Ich lamm Ihnen die Versicherung geben, daß die deutsche Reichsverwaltung Ihren Bestrebungen und Verhandlungen das lebhafteste Interesse entgegenbringt. Im Namen des Herrn Reichsanwalters und zugleich unter der Versicherung, daß mich persönlich die gleichen Gefühle befehlen, wünsche ich einen glücklichen reichen Erfolg dieser Tagung, die Sie heute beginnen. (Lebhafte Beifall.)

Namens der Berliner Handelskammer begrüßte der Präsident Geheimer Kommerzienrat Herz, im Auftrage der Kellnerin der Berliner Kaufmannschaft der Reichstagsabgeordnete Kämpf, Berlin die Versammlung. — Reichsbankpräsident Koch überbrachte die Grüße der alten Juristischen Gesellschaft, die im Verein mit der internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft und Volkswirtschaftslehre die International Law Association nach Berlin eingeladen hat.

In Vertretung des am Erscheinen verhinderten Präsidenten Phillimore dankte Richter Kennedy für die freundlichen Worte der Begrüßung. Er erinnerte an die früheren Tagungen der Association in Frankfurt a. M., Köln, Bremen und Hamburg und feierte die auf eine Verständigung unter den Völkern hinauslaufenden Ziele der Association. — An den Kaiser gelangte ein Guldigungstelegramm zur Abendung. — Nach Verlesung zahlreicher Begrüßungstelegramme von juristischen Gesellschaften des In- und Auslandes wurde in die Tagesordnung eingetreten.

In erster Stelle sprach Reichsbankpräsident Koch über die Schaffung einer

Rechtsgemeinschaft aller Kulturvölker.

Die International Law Association verfolgt das große Ziel einer allmählichen Ausgleichung der internationalen Rechtsverhältnisse, weniger in wissenschaftlicher Vertiefung als unter Hervorhebung der praktischen Gesichtspunkte. Sie will die Rechtsprechung für alle zivilisierten Völker auf gewissen Gebieten einander näherbringen und hat auch schon Erfolge erreicht. Aber noch bleibt viel zu tun übrig. Widerstand wird uns auch bereit von einer mit Recht in hohem Ansehen stehenden Schule, die das Prinzip des nationalen Rechtes auf ihre Fahne geschrieben hat. Das Recht hängt untrennbar zusammen mit der gesamten Vergangenheit einer Nation und müsse aus ihrem innersten Wesen herorgehen. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß das Leben der Völker ein großes Austauschgeschäft ist. Wer will bestreiten, daß die Einheit der Bestimmungen auf dem Gebiet des Wechsel-, Handels- und Privatrechtes dem Handel schwere Hindernisse bereitet, die wir bisher nicht zu überwinden vermochten. Deshalb sollten wir das Ideal einer Rechtsgemeinschaft aller Kulturvölker recht bald zu verwirklichen trachten. (Großer Beifall.)

Dr. H. London, der Sekretär der Friedensgesellschaft, sprach hierauf über die

internationale Schiedsgerichte,

die bekanntlich vom ersten Haager Kongreß eingeführt worden sind. Der Redner gab einen Überblick über die im Interesse der Schiedsgerichte im letzten Jahre unternommenen Schritte. Die Sache der Schiedsgerichte stehe sehr gut (!) und viele bedeutende Mächte hätten sich schon an die Schiedsgerichte gewandt. Der Redner schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die bevorstehende zweite Friedenskonferenz im Haag Mittel und Wege finden möge, um die Sache der Schiedsgerichte wieder einen Schritt vorwärts zu bringen. (Großer Beifall.) — Sir Thomas Barclay sprach über das gleiche Thema. Er machte detaillierte Vorschläge für die Zusammensetzung der Schiedsgerichte.

Geheimer Oberregierungsrat Professor Dr. v. Martiz, Berlin sprach über

Minen im Seekrieg.

Die Auslegung von Seeminen, führte er aus, ist nach den bestehenden Völkerrechtsgebühren kein verbotenes Kriegsmittel, denn das Weltmeer ist den Kriegführenden für die Ausübung militärischer Feindseligkeiten gegen den Kriegsgegner nicht minder offen als den Neutralen für den friedlichen Seeverkehr. Wegen der neutralen Schiffe wissentlich in die Nähe einer durch unterseeische Minen gefährdeten Seegasse, so handeln sie auf eigene Gefahr. Dagegen können freitreibende Minen auf keinem Teil des Weltmeeres, auch im Küstennearum nicht gebildet werden, da sie geeignet sind, die Sicherheit der Schifffahrt auch jenseits des eigentlichen Kriegstheaters und auch nach Beendigung des Kriegszustandes auf höchste zu gefährden. Damit rechtfertigt sich der Wunsch, daß nach dem Vorgang der Petersburger Deklaration von 1864, die im humanitären Interesse die Verwendung explosiver Projektil unter 400 oz. für Land- und Seekrieg ausgeschlossen hat, ein allgemeines Verbot freitreibender Minen im Seekrieg zu ver-

wenden, durch ein vertragmäßiges Einverständnis der Seemächte ausgesprochen werde. Nach dem geltenden internationalen Recht ist die Anlegung eines Minenfeldes nicht absolut und prinzipiell verboten, insbesondere nicht für den U-Bootskrieg. Doch hat die Kriegspartei, die von dieser Befugnis Gebrauch macht, schuldige Sorge dafür zu tragen, daß den sich nähernden neutralen Schiffen von der ihnen drohenden Gefahr spezielle Notifikation gegeben werde. Sie hatten den neutralen Staaten für den Schaden, der den Schiffen derselben ohne deren Verschulden aus einer Nichtbeachtung dieser Pflichten erwächst, insbesondere haftet sie für den Schaden, den neutrale Schiffe durch abtreibende Minen erleiden.

Es ist von Interesse, in dieser Hinsicht das Verhalten der beiden streitenden Mächte im jüngsten russisch-japanischen Kriege zu untersuchen. Und da kann den Japanern der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie durch Nichtnotifikation ihrer Minenperren schwere Verantwortung auf sich luden. Sie haben sich damit der Möglichkeit beraubt, dem durch eine Seemine verunglückten Schiff den Einwand der Kenntnis von dem vorhandenen Verkehrsbehindern entgegenzusetzen. Von den ganzen umlaufenden Minenfeldern in den Gewässern von Vladivostok ist überhaupt keine Kenntnis gegeben worden. Wohl nur der geringe Verkehr in jener Gegend hat verhindert, daß die Frage für sie nicht aktuell wurde. Die Russen haben das Dasein ihrer Minen kundgegeben.

Nach geltendem Recht hat weiter jeder Kriegsführende Staat das Recht, den Zugang zu seinen Häfen und Meeren durch die Legung von Minen zu sperren. Doch hat er den neutralen Fahrzeugen Gelegenheit zu geben, vor dem Beginn der Sperre anzukommen. Auch ist er verpflichtet, den sich annähernden neutralen Schiffen die Tatsache der Minenperre bekanntzugeben. Er haftet für jeden Schaden, der der neutralen Schifffahrt durch Seeminen erwächst, die aus den Territorialgewässern in das offene Meer abgetrieben werden.

Dem neutralen Staat dagegen kann die Befugnis nicht verweigert werden, zur Aufrechterhaltung und zum Schutz seiner Neutralität den sonst dem allgemeinen Seeverkehr offenstehenden Transit durch sein Küstennearum mittels Auslegung von Minen zu beschränken. Es kann dagegen nicht zugegeben werden, daß nach allgemeinem Völkerrecht die räumliche Ausdehnung der Territorialgewässer durch eine der Küste parallele Linie von mehr als drei Seemeilen bestimmt wird. Allerdings ist eine solche Seegrenze durch Verträge und Besetze vielfach für spezielle Verhältnisse, insbesondere die Küstenschutzbestimmungen angenommen worden. Allein eine über diese Verhältnisse hinausreichende Autorität kommt ihr nicht zu und für das Kriegrecht gilt sie nicht. Vielmehr sucht jeder Küstennearum seine Grenzen auch über drei Seemeilen hinaus ins Meer hinauszuschieben. Die äußerste Grenze, bis zu welcher hierbei gegangen werden darf, ist noch immer die Kanonenschußweite, also etwa 10 Seemeilen (18 Kilometer). — Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. — Über die „Rechte der neutralen Mächte“ sprach Rechtsanwalt de Leval-Brüssel, Dr. Stephens-London besprach das Durchschlagsrecht der Kriegführenden Mächte. — Sodann wurden die weiteren Verhandlungen auf heute vertagt.

Aus der Partei.

Die italienische Partei und ihre Presse.

Rom, den 27. September. (Fig. Ver.)

Die Berichte des Zentralsekretariats für den Parteitag von Rom, sowie das Referat Ciccotti über die Beziehungen zwischen Partei und sozialistischer Presse geben einen Überblick über die Zahl der zahlenden Mitglieder und über die Preisorgane der italienischen Partei. Am 30. Juni 1906 zählte die Partei 1249 Abteilungen mit 47 204 zahlenden Mitgliedern und verfügte über drei Tageszeitungen und 87 Wochenzeitungen.

Was den Organisationsbestand betrifft, so hat er seit dem 31. Dezember 1904 eine Verminderung erlitten. Die Zahl der Abteilungen sank von 1890 auf 1249, die der Mitglieder von 45 800 auf 41 204. Die Ursachen dieses Rückganges sind verschiedener Art. Vom 1. Januar 1905 an hat der Parteivorstand die einheitliche Mitgliedskarte für ganz Italien eingeführt, die am Beginn des Jahres gelöst werden muß und 50 Centesimi pro Kopf kostet; bisher betrug der Monatsbeitrag an die Zentralkasse 5 Centesimi und konnte monatlich entrichtet werden. Obwohl die Einführung der einheitlichen Karte mit einmaligem Beitrag administrativ sehr große Vorteile hat, erschwerte sie doch vielen kleinen Abteilungen den ersten Beitrag oder die regelmäßige Zahlung, so daß sie teils die Beitrittserklärung verzögerten, teils wegen Rückständigkeit gestrichen werden mußten. Ferner erfolgte ein Rückschritt durch den Austritt von Genossen wegen politischer Differenzen, so in Genua, Mailand, Ancona und anderen Orten, wo die Reformisten außerhalb der Partei stehende Organisationen bildeten; in einigen Orten traten auch die Syndikalisten aus der Parteiorganisation aus. Schließlich mag auch der Rückgang teilweise scheinbar sein und lediglich mit gewissenhafter Anmeldung zusammenhängen. Die Angaben für den 31. Dezember 1904 enthalten nämlich ausschließlich runde Zahlen, so 2000 Mitglieder für Mailand, 1000 für Rom, 2000 für Bologna usw.; wahrscheinlich hat man dabei recht oft nach oben abgerundet.

Die einzelnen Regionen haben Organisationen von sehr verschiedener Stärke. Der Zahl der Organisierten nach folgen sie einander in folgender Reihenfolge: Emilia mit 14 955, Piemont mit 6240, Lombardien mit 5945, Toscana mit 3770, Venedig mit 2065, Ligurien mit 1915 und Sizilien mit 1085; alle anderen Regionen haben weniger als 1000 zahlende Mitglieder.

Aus dem Kassensbericht des Genossen Luigi Mongini entnehmen wir die folgenden Angaben: Der Kassensbestand belief sich am 1. Juli 1906 auf 27 030,37 Lire; die Einnahmen im ersten Halbjahre des laufenden Jahres betragen 25 961 Lire, denen 13 941,22 Lire Ausgaben gegenüberstehen. Die Hauptposten der Ausgaben sind: Gehalt der beiden Sekretäre 2823 Lire, Spesen für Agitation 8097 Lire, Spesen für die Parlamentsfraktion 275, für die Einberufung des Parteivorstandes 570, für Post- und Telegraphenspesen 1057 Lire.

Die Vermögenslage der Ausgaben für Agitation erklärt sich daraus, daß diese hauptsächlich den Sektionen obliegt, die weit höhere Beiträge erheben als die Zentralkasse. J. W. erhebt die hiesige Parteisektion monatlich 50 Centesimi bis 8 Lire, je nach der Vermögenslage des Genossen, welche Vermögenslage nicht der Selbstschätzung unterliegt, sondern von einer Kommission abgehängt wird. Die Zentralkasse besoldet nur zwei Propagandisten, die den Sektionen zur Verfügung gestellt werden. Daß die Parlamentsfraktion nur eine so minimale Summe gelostet hat, findet seine Erklärung darin, daß das Parlament in diesem Semester nur kurze Zeit getagt hat und die schwache Beteiligung der Genossen an den Sitzungen nur wenige Präsenzgelder zur Auszahlung kommen ließ. Auch beziehen ja die wohlhabenden Genossen keine Präsenzgelder.

Die drei Tageszeitungen, von denen der Bericht über die Presse spricht, sind der „Avanti“, die „Giustizia“ und das „Giornaleto“ in Venedig. Dieses letzte hat seitdem wegen Mangels an Mitteln — es hatte zu großartig angefangen — sein Erscheinen eingestellt. Außerdem bestehen — unabhängig von der Partei — drei sozialistische Tageszeitungen, nämlich der Mailänder „Tempo“, der einer Altgenossenschaft gehört, der Genueser „Laboro“, Eigentum der dortigen Gewerkschaften und Genossenschaften, und die „Provincia di Mantua“, die ihr Verleger, seit

er zur sozialistischen Partei übertrat, im sozialistischen Sinne redigiert. 78 Wochenblätter stehen unter der Kontrolle der Kreis- oder Provinzialorganisation, zu der sie gehören und dienen der lokalen Agitation und Propaganda. Die meisten von ihnen enthalten eine wahrhaft bewundernswürdige erzieherische und bildende Wirksamkeit. Außerhalb der Partei stehende Wochenblätter — meist reformistischer Färbung und Organe autonomer Organisationen — bestehen zurzeit acht.

Außerdem bestehen zwei Wochenblätter, die der Propaganda sozialistischer Ideen dienen — die „Avanguardia socialista“ und der „Sindacato operaio“, eine 1 Centesimo kostende illustrierte Zeitung, „Il seme“, für die Propaganda unter den Landarbeitern und eine der populären sozialistischen Propaganda dienende Wochenzeitung, der „Sempre Avanti“. Alle diese Blätter sind in ganz Italien verbreitet.

Privatgründungen wie diese Blätter sind auch die beiden wissenschaftlichen Zeitschriften „Critica sociale“ und „Divenire sociale“, ebenso das sehr verbreitete antiklerikale Witzblatt, „L'Asino“.

Alles in allem geben beide Berichte Zeugnis von der starken Lebenskraft unserer Partei, die zwar der streifen Organisation entbehrt, die die Partei in den nördlichen Ländern hat, aber an geistiger Regsamkeit, an Opfermut und auch an politischem Einfluß den Sozialisten anderer Staaten wenig nachsteht. Der eminent individualistische Charakter der Italiener macht es freilich nicht leicht, die Breite und vielgestaltige sozialistische Bewegung einzugliedern und zusammen zu schließen zur sozialistischen Partei.

Vom Wormser Parteitag, das den Abschluß des Mannheimer Parteitag bilden sollte und über das wir gestern schon eine kurze Mitteilung gebracht haben, wird in der Mannheimer „Volkstimme“ berichtet. Die Zahl der Mannheimer Teilnehmer war eine sehr große. Die vereinigten Arbeitervereine hatten beschlossen, an der Veranstaltung teilzunehmen. Beim Verlassen des Bahnhofes in Worms wurden wir freudig überhäuft durch die menschenbelebten Straßen. Vom Bahnhof ging es mit Musik an der Spitze nach dem Gewerkschaftsaufbau. Die Wormser Arbeiterklasse bildete, soweit sie sich nicht an dem Festzuge beteiligte, Spalier und alle Straßen waren schwarz vor Menschen. In dem geräumigen Garten und in den Sälen des Gewerkschaftsaufbaus hatte sich eine nach Tausenden zählende Volksmenge eingefunden. Nachdem die Arbeiterjäger dieselben Ehre wie zur Eröffnung des Parteitages vorgetragen hatten, begrüßte der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins, Genosse Engelmann, in wenigen aber trefflichen Worten die Festgäste und teilte mit, daß die Stadtverwaltung der Stadt Worms, die leider unter dem unheilvollen Einfluß des bekannten Lederkönigs und Arbeiterfeindes Hehl steht, die Festhalle nicht zur Verfügung gestellt habe; er ermahnte deshalb die Arbeiter, in die politische Organisation einzutreten, um die Macht dieses Gewalthabers endlich zu brechen. Mit großem Jubel wurde Reichstagsabgeordneter Dreesbach aus Mannheim empfangen. Er gab einen kurzen Überblick über den Verlauf des Parteitages in Mannheim und schloß mit einem jubelnd aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie, dem sich der Gesang der Marschlied angeschlossen. Hierauf wandten sich die Genossinnen Frau Schönfelder-Ottens und Frau Deubert-Essen an die Frauen. Es folgten die Genossen Dr. David-Painz, Duesfel-Stettin, Anton Hendrich-Freiburg und Oskar Ged-Mannheim. Bei dem folgenden Konzert blieben die Genossen sodann zusammen. Da dem Feste noch ein schöner Herbsttag mit warmem Sonnenschein beiseite war, so gestaltete sich das ganze Leben und Treiben zu einem recht frohen.

Vom Fortschritt der Presse. Auch die Jenaer Genossen haben sich nun ein eigenes Blatt geschaffen.

In Jena gelangt seit Sonntag die „Weimarer Volkszeitung“ zur Ausgabe, die ein sozialdemokratisches Organ für den III. Weimarer Reichstagswahlkreis ist. Unsere dortigen Genossen haben sich mit der „Reichlichen Tribune“ in Gera vereinigt und bezogen ihren politischen und allgemeinen Text von der „Leipziger Volkszeitung“ aus Leipzig, während der lokale Teil in Jena und Gera hergestellt wird. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat nunmehr folgende Kopflätter: „Volkszeitung für das Rudental“ in Leipzig, „Altenburger Volkszeitung“ in Altenburg, „Oberfränkische Volkszeitung“ in Hof (Bayern), „Reichliche Tribune“ in Gera und „Weimarer Volkszeitung“ in Jena. Für unser neues Parteiblatt in Jena zeichnete Artur Jauchke für die Redaktion, Genosse Otto Haas für die Geschäftsführung (Adresse: Jena, Schloßgasse 19).

Die Genossen des Wahlkreises Duisburg-Rühlheim-Oberhausen sind bereits seit an der Vorbereitung für ihr neues Organ. Man schreibt uns aus dem Wahlkreise: Die sechsblättrige Agitationsausgabe der „Niederheinischen Arbeiterzeitung“ hat den Wahlkreis Duisburg-Rühlheim-Oberhausen vorzüglich bedient. Die Agitation, die am Sonntag für das junge Parteiblatt unternommen wurde, zeitigte einen Ertrag von über 2000 neuen Abonnenten. Ein solcher Erfolg, der noch um so schwerer ins Gewicht fällt, als die Kammer mit den Parteitagberichten angefüllt waren und somit wenig Raum für zugkräftigen Agitationsstoff blieb.

517 neue Abonnenten hat der Quartalswechsel dem „Volksblatt“ zu Raffel bis zum 1. Oktober gebracht.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„Öffentlich wahrnehmbare Arbeit“.

Vier Genossen aus Froigem (Braunschweig) erhielten je einen Strafbefehl über 3 M., weil sie am Sonntag, den 18. Februar bzw. 18. März, in Zimmerlach morgens während der Kirchzeit Flugblätter verbreitet hatten. Ihr Einspruch dagegen wurde vom Schöffens- wie Landgericht und schließlich auch vom Strafsenat des Oberlandesgerichts verworfen mit der Begründung, daß die Genossen eine „öffentlich wahrnehmbare Arbeit“ verrichtet hätten. Dabei hatten unsere Genossen die Flugblätter unter den Rod geknüpft oder in der Tasche getragen. Der Einwand, daß dieses Flugblatttragen nicht mehr öffentliche Arbeit sei als das Ausdragen von Witterkarten oder das offene Tragen eines Gesangbuchs zur Kirche, verschlug bei den Gerichten nichts. Das Landgericht erklärte das Flugblattstrafen als „den wirtschaftlichen Zwecken des Transportes dienend“. Was man sich darunter denken soll, wird wohl nur das Gericht wissen.

Verweigerter Befähigung. Dem in Rühlheim bei Offenbach zum Beigeordneten gewählten Genossen Jahn wurde durch den Provinzialauschuß in Darmstadt die Befähigung verweigert. Die oberste Instanz ist das Ministerium.

Aus der Frauenbewegung.

Mannheim und die Frauenbewegung.

Mit den beiden Tagungen der Sozialdemokratie in Mannheim dürfen die Genossinnen vollauf zufrieden sein. Die Frauenkonferenz und der Parteitag bilden Marksteine der Frauenbewegung. Und der Parteitag braucht sich der vorausgegangenen Tagung der sozialistischen Frauen wahrlich nicht zu schämen. Sowohl die Verhandlungsthemen, als auch die Art ihrer Behandlung und Erledigung waren der Sozialdemokratie würdig. Die Frauenkonferenz hat das Ansehen der deutschen Sozialdemokratie gehoben und sicher manches noch vorhandene Vorurteil überwunden.

Die Frage des Frauenstimmrechts ist erschöpfend behandelt worden; turmhoch standen Referat und Diskussion über das, was man bei bürgerlichen Tagungen über diese Materie hört. Mit der

Erörterung der Landarbeiterfrage hat sich die Konferenz ein unbefriedigendes Verdienst um die Gesamtbewegung erworben. Die Bedeutung der Dienstbotenbewegung und besonders auch die Erziehungsfrage, die ebenfalls verschiedentlich in den Kreis der Erörterungen gezogen wurde, ist bisher sehr unterschätzt worden. Daß die Landarbeiterfrage in wachsendem Maße sowohl das Interesse der Partei, als auch der Gewerkschaftsbewegung gefangen nehmen wird, unterliegt für uns keinem Zweifel. Der Frauenkongress gebührt der Ruhm, mit dem Scheinwerfer der Kritik gründlich in das Dunkel der Landarbeiter-Idylle hineingeleuchtet, die allgemeine Aufmerksamkeit auf diese Materie hingelenkt, und damit die politische Bedeutung der Landarbeiterfrage dem Verständnis näher gebracht zu haben.

Und nicht mit allgemeinen Redensarten wurden die einzelnen Themen abgetan. Eine schier unergründliche Fülle von Tatsachenmaterial brachten Referate und Debatten zutage. Was die Genossin Jettin in ihrem Referat über das Frauenstimmrecht, was Genossin Riech über Landarbeiterleben, was Genossin Grünberg über Dienstbotenverhältnisse und was in der Diskussion zu den Referaten noch beigeleuchtet wurde, das bildet für unsere übrigen Genossinnen und Genossen eine wertvolle Fundgrube bei der Agitation in der Werkstatt, auf dem Felde und im Hause.

Nicht vom moralisierenden Standpunkte aus wurden die Fragen behandelt, Referenten und fast durchweg auch die Diskussionsrednerinnen standen auf höherer Warte. Ohne die fördernden, hemmenden, retardierenden Wirkungen zu übersehen, die sich ideologisch ableiten lassen, gründete sich die Würdigung der Argumente auf den historischen Materialismus. Diese lieferte die harten, unzerknirschbaren Steine der Logik, mit denen die dünnen Fenster Scheibchen bürgerlicher Ideologie und pfäfflicher Dogmatik eingeworfen wurden. In großartiger Weise zeigte Genossin Jettin, wie die veränderten ökonomischen Verhältnisse die Stellung der Frau bestimmen, daß die Frau eigentlich nie unfreier, nie mehr entwürdigter war, im Gegensatz zum Manne, als unter der Herrschaft des heiligen Privateigentums. Das Weib sank beinahe auf die Stufe des nur Sacheigentums des Mannes herab. Die Frau wird gepöbelt und gehänselt, wenn der Besitzer reich genug ist und als ihm das Vergnügen macht, die Proletarin ist der bedauernswerteste mit Arbeit und Bekleidungsarbeiten überladene Handflabe, wenn der Weibsbefiger ein armer Teufel ist. Der Kapitalismus macht das Weib des Reichen zu einem Spielzeug, das lächelnd die Zeit tot schlägt, oder zu einem Arbeitstier, das noch schlimmer ausgebeutet wird als der Mann, rechtloser ist, wie dieser. Nicht im Gegensatz zum Manne, sondern nur in Gemeinschaft mit dem männlichen Lohnfresser kann das Weib aus der doppelten Sklaverei hinaus, in der es als Geschlechtsweib und als Weibwerbschaffenerin gehalten wird. Mit dem Wahlrecht will die proletarische Frau nicht für sich Klassenprivilegien erobern, sie will mit dem Manne zusammen die Klassenherrschaft stürzen, zusammen mit ihm abgufürzen die Wehen der Zeit, die aus der kapitalistischen in die von Ausbeutung und Entrechtung befreite sozialistische Gesellschaft hinüberführt.

Großartig behandelte auch Genossin Riech die Landarbeiterfrage. Ihr Referat spiegelte ebenfalls die Produktions- und Verteilungsweise der Güter als den Unterbau der gesamten staatlichen, gesellschaftlichen, sozialen und rechtlichen Verhältnisse, mit der Konsequenz, daß endgültig nur durch Umformung der bürgerlichen auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden Gesellschaftsordnung mit der heutigen skandalösen Ausbeutung und Unterdrückung aufgeräumt wird. Das schließt natürlich nicht aus, daß auch schon im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft das Los der Landarbeiterschaft wesentlich erbedlich erleichtert werden kann. Das hätte längst geschehen können, wenn das Bürgertum etwas mehr Selbstbewußtheit

gegenüber dem preussischen Feudalismus zu bekunden Kraft und Mut gehabt hätte. Aber es läßt sich für die Freiheit, den gewerblichen Arbeiter auszunutzen zu dürfen, von dem preussischen Junkertum derartig verhöhnern und knuten, daß das Proletariat im Kampfe gegen den Feudalismus nicht einmal auf das Bürgertum als Hülfes rechnen kann.

Das Referat der Genossin Grünberg paßte sich zum Teil in das Gefüge der von Genossin Riech behandelten Materie ein; die beiden Referate bildeten gewissermaßen ein Ganzes. Von demselben Grundgedanken ausgehend, gaben beide Referentinnen scharfgezeichnete, in der Materialbehandlung überaus satte, in der Wirkung erschütternde Situationsmalereien. Referate und Diskussionen werden zweifellos außerordentlich befruchtend wirken.

Nicht minder aufreißend für die Genossinnen wie die Konferenz war der Parteitag. Außerordentlich trat die Einheitslichkeit der Auffassung und der Bestrebungen, die vorbehaltlose Anerkennung der Gleichberechtigung der Frau im politischen Leben, in der proletarischen Emanzipationsbewegung, durch die große Anzahl Delegierten und auch durch die Bestellung einer Genossin als Referentin in der überaus wichtigen und für die Zukunft unserer Bewegung bedeutungsvollen Erziehungsfrage in Erscheinung. Aber etwas anderes war wichtiger. Es war die einmütige, begeisterte Zustimmung zu den Ausführungen der Genossin Jettin. Und diese Zustimmung bedeutet für viele Genossinnen und für manche Genossin den Durchbruch mit noch so mancher rein bürgerlichen Auffassung und Praxis, von der wir uns bisher aus Gewohnheit und Gedankenlosigkeit noch nicht emanzipiert haben.

In meisterhafter Analyse zeigte Genossin Jettin, daß, wie alle gesellschaftlichen Einrichtungen, auch die Erziehung von den materiellen Interessen der jeweils herrschenden Gesellschaft abhängig und beeinflusst wurde. Daß die Erziehung auch ein Reflex der ökonomischen Grundlage einer jeden Klassenherrschaft war, daß die heutige Volksschule in der kapitalistischen Gesellschaft wurzelt und die Reaktion auf dem Gebiete der Schule, die Politik der Finsternis und Schulverpöpfung das Ergebnis der Angst vor dem aufstrebenden Proletariat ist. Daß diese Politik geboren wurde aus dem Bestreben, durch weitere und schärfere Snelung des Geistes in unseren Kindern dem Vormarsch der Sozialdemokratie Hindernisse zu bereiten. Dieses Attentat kann das Proletariat natürlich nicht tatenlos über sich und seine Kinder ergehen lassen. Und es war u. a. die Höhe der Ausführungen unserer Genossin, wie sie mit zwingender Logik und Schärfe nachwies, daß unter den obwaltenden Umständen mit einer alten Anschauung in der Erziehungsfrage vollständig gebrochen werden muß. Um den Frieden des Kindes nicht zu stören, um das Kind nicht in Geisteskrankheiten hineinzutreiben, aus pädagogischen Gründen, muß die Autorität der Schule gewahrt bleiben. Deshalb darf dem Kinde, so lange es dem Einfluß der Schule untersteht, im Hause nichts von einer anderen, der Schulweisheit entgegenstehenden Weltanschauung gelehrt werden. Wir müssen unsere Kinder schau- und wehrlos den großen Vätern vom Transzendentalismus (Lehre vom Jenseits), Dualismus (Lehre vom Prinzip des Guten und Bösen, Himmel und Hölle), Autorität, göttlicher Weltordnung usw. ausliefern. Das war bisher weit verbreitete Auffassung. Nach dieser Richtung heißt es sich zu einer anderen Anschauung durchzuführen, und was nicht minder wichtig ist, die Fähigkeit anzueignen, mit dem richtigen Takt, mit dem richtigen Verständnis für das Gemütsleben des Kindes den in der Schule ausgebreiteten Samen der Verleumdung unschädlich zu machen. Wir müssen in der Familie bewußt und systematisch den Kampf gegen die geistige Verleumdung unserer Kinder aufnehmen. Aber mehr noch! In der feinen Analyse des Erziehungsproblems berührte Genossin Jettin eine Erscheinung, die

die nachhaltige Wirkung bürgerlichen Denkens und Fühlens greifbar deutlich erkennen läßt: die Referentin besprach die Arbeit als Erzieherin und forderte dabei, daß in der sozialdemokratischen Familie die Werteschätzung der Arbeit nach Geschlechtern gesondert aufhöre müsse. Wir anerkennen die Gleichwertigkeit der Geschlechter und doch konnten sich die allermeisten noch nicht von der überkommenen Anschauung befreien, daß die meisten von Frauen geleisteten Hausarbeiten minderwertig und des Mannes nicht würdig seien. Solche rückständige Anschauung steht mit dem Prinzip der Gleichwertigkeit der Geschlechter in diametralen Widerspruch. Sie ist der Ausfluß der Ansicht von der natürlichen Untertierigkeit und Unterordnung des weiblichen Geschlechtes unter den Herrn der Schöpfung. Und wie viele Sozialdemokraten mag es geben, die hier Ursache und Wirkung schon erkannt hatten und der falschen Auffassung bewußt entgegenarbeiteten? Betrachten die meisten Eltern es nicht als selbstverständlich, daß ihre Jungen zu stolz sein müssen, „Mädchenarbeit“ zu leisten? Helfen nicht die Mütter die Mißachtung des weiblichen Geschlechtes durch solche Art Erziehung stärken? Natürlich geschieht das unbewußt und darum war es verdammt, daß Gen. Jettin die Erziehungsfrage auch von diesem Gesichtspunkte aus beleuchtete. Leider konnte sie ihr Referat infolge physischer Erschöpfung nicht zu Ende bringen. Aber das Gebotene umfaßt doch schon einen so großen Komplex von Einzelfragen, daß jeder sich sagen muß: das bisherige Wissen und Können reicht nicht aus zur Lösung der gestellten Aufgabe. Die Parteiliteratur hat hier noch eine empfindliche Lücke auszufüllen, sie muß in der Hauptsache es übernehmen, den Eltern Lehrer zu sein auf dem schwierigen Gebiete, das ihnen der Mannheimer Parteitag zur Bedauerung zuwies.

Die Genossinnen haben durch demonstrativen Beifall behundet, daß sie die von der Referentin verlangte Gleichwertung der Geschlechter in jeder Konsequenz anerkennen. So selbstverständlich das sächliche ist, der Verlauf des Mannheimer Parteitages, speziell in der Erziehungsfrage, bedeutet einen schönen Erfolg der Frauenbewegung, der dieser nicht nur kräftigen Anstoß zu weiterer Arbeit geben, der auch befruchtend auf die Gesamtbewegung wirken wird. Und darum kann die Frauenbewegung mit besonderer Freude, mit Stolz und Genugtuung auf die Mannheimer Tagung zurückblicken.

Frauenstimmrecht.

Der deutsche Verband für Frauenstimmrecht, Ortsgruppe Mannheim, veranstaltete am 27. September in Mannheim eine öffentliche Versammlung, in der Lydia Gustava Heymann über das Frauenstimmrecht sprach. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Auf Anregung der fortschrittlichen Frauenbewegung hat der Bund deutscher Frauenvereine in Wiesbaden 1902 den Beschluß gefaßt, für die Forderung des Frauenstimmrechts einzutreten. Nachdem nunmehr auch die sozialdemokratische Frauenkonferenz in Mannheim sich beschlußmäßig auf die Propagierung dieses Gedankens festgelegt hat, hoffen die am 27. September im Hotel National zu Mannheim versammelten Männer und Frauen, daß auch die organisierte konfessionelle Frauenbewegung diese Forderung in ihr Programm aufnimmt. Dadurch würde in der gesamten deutschen Frauenbewegung eine gegenseitige Förderung und Unterstützung in einer Frage, welche die wichtigsten Lebensinteressen aller arbeitenden und kämpfenden Frauen in sich schließt, herbeigeführt.“

Daß die sozialistischen Frauen grundsätzlich auf dem Standpunkt des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, nicht nur des Stimmrechts stehen, war doch längst bekannt und ist im Erfurter Programm unabweisbar niedergelegt.

Sunlicht Seife

Von größter Reinheit und Frische und köstlichem Aroma ist die Wäsche, zu der Sunlicht Seife allein verwendet worden ist. Man soll deshalb Baby-Wäsche mit dieser Seife waschen. Schlechte und ätzende Seifen verursachen auf der äußerst empfindlichen Haut entzündliche Reize und stören dann das Wohlbefinden der Kleinen. Sämtliche Wäsche- und Kleidungsstücke, welche unmittelbar auf dem Körper getragen werden, sollen nur mit einer positiv reinen, neutralen Seife gewaschen werden. Sunlicht Seife ist eine solche Seife. Ihre Verwendung im Haushalt zu allen Zwecken, für die Wäsche wie auch für die körperliche Reinigung, kann mit größtem Vertrauen empfohlen werden. Überall erhältlich.



Neu erschienen

Sind die folgenden Broschüren, die wir unseren Lesern bestens empfehlen:

Ziele und Wege.
Erläuterungen der sozialdemokratischen Gegenwartsforderungen. Unter Mitarbeit von Hugo Umbmann, Max Schölem, Adolf Braun, Friedrich Elmpfer, Clara Jettin.
Herausgegeben von Adolf Braun.
Preis 20 Pf.

Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung.
Von Käthe Dunder.
Eine Schrift, die entsprechend ihrer Bedeutung, in keiner Arbeiterfamilie fehlen sollte.
Preis 40 Pf.

Sozialdemokratie und Antisemitismus.
Von August Bebel.
Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitage zu Köln.
Mit zwei Nachträgen.
Zweite durchgesehene Auflage.
Preis 30 Pf.
In besserer Ausstattung 75 Pf.

Die neuen Reichsteuern
wie sie wurden und was sie bedeuten.
Mit einem Schlußkapitel: Agrarisch-kapitalistische und sozialdemokratische Steuerpolitik
von Eduard Bernstein.
Preis 30 Pf.

Die Mutterschaftsversicherung.
Ein Beitrag zur Frage der Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen
von Lily Braun.
Preis 20 Pf.
In besserer Ausstattung 50 Pf.

Gewerkschaften und Unternehmer-Verbände.
Von Dr. Hugo Müller.
Preis 30 Pf.

Die Zukunftsstaatsdebatten im französischen Parlament.
Reden von Gambetta, Vallant und Clemenceau.
Übersetzt von Max Duard.
Preis 10 Pf.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden. 204/17*

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen! Achtung!

Schneiderei-Genossenschaft
Berliner
G. m. b. H.
(Begr. von organisierten Schneidergehilfen Berlins)

Brunnenstr. 185, im Laden,
zwischen Rosenthaler Tor und Invalidenstrasse,
empfiehlt sich den wertigen Arbeitern und Parteigenossen zur Anfertigung von

feinerer Herren-Garderobe.
Großes Lager fertiger Herren- und Knaben-Anzüge, Winter-Paletots, Joppen und Arbeiter-Berufskleidung.
Verkauft nur gegen bar! — Streng feste Preise!

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Werkstätten unter den von der Organisation festgesetzten Lohnbedingungen.
Um geneigten Zuspruch bittend, zeichnet
Wichtiges!

„Hoffnung“
Berliner Schneiderei-Genossenschaft
Lieferant des Berliner Konsum-Vereins und der Konsum-Genossenschaft Berlins und Umgegend.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW 68, Lindenstr. 69.

Siehe erschienen:
Illustrierter Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1907.
Einunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis: Kalenderium — Postwesen — Beachtenswerte Adressen — Statistisches — Märkte — Die Reform der Strafprozess-Ordnung. Von Rechtsanwalt Hugo Helmreich — Seuchengefahr und Seuchenverhütung. Von Dr. J. Jabel (mit Illustr.) — Zwei Lieber im Volkston. Von Leo Heller. — Ein Walfesttag. Nach dem Leben erzählt von Wina Kantsch (mit Illustrationen) — Wenn wir nicht mehr gültig sind. Gedicht von Ernst Brezgan — Der Kampf um das Mittelmeer der Zukunft. Von Heinrich Simon (mit Illustrationen) — Die Karikatur und ihre Bedeutung. Von Ed. Buchs (mit Illustrationen) — Wir sind der Sieg. Gedicht von Lutz Wesen — Moderne Kraftwagen. Von H. G. (mit Illustrationen) — Sozialistische Frauenorganisation. Von Ottilie Haader — Die Vergleiche. Von H. V. — Die Kultur des Tabaks. Von H. G. Grant — Französische Arbeiterorganisation im 18. und 19. Jahrhundert. Von Wolf Braun — Nachtarbeit. Gedicht von G. Weber — Szenen aus der russischen Revolution. Von H. D. (mit Illustrationen) — Unfreie Taten (Mit Vorwort) — Heilige Familie. Gedicht von E. Kromsch — Fliegende Blätter — Das Krimband. Satirische Skizze von Michel Löwen. Autorisierte Übertragung (mit Illustrationen) — Für unsere Rastlöcher — Trachtigkeits- und Bräuterkalender. — Hier zu drei Bildern: Der Bergmann — Die Wandwanderer — Proletarierin — Außerdem zwei Preisdrucke auf Kunstdruckpapier: Der Steinlopper — Heuer am Anselmet — Ein Wandkalender.

Preis: 40 Pfennig.
Bei Einzelbezug bitten wir um Einzahlung des Betrages nach 10 Pfennig in deutschen Reichsmark für Vork.

Kaufhaus Emil Hoegner Schöneberg
Grunewaldstr. 106
Ecke Akazienstraße.

Manufakturen, Wäsche, Weiß-, Wollwaren, Herren-Artikel, Berufskleidung, Knaben-Anzüge u. -Mützen, Mädchenkleider u. -Kopfbedeckungen.
Man verlange Sparmarken.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 3. Oktober.
Opernhaus. Tristan und Isolde. (Anfang 7 Uhr.)
Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Klein Dorrit. Deutsches. Das Wintermärchen. Wehen. Die Jüngerlinge. Vorfäng. Jar und Zimmermann. Anfang 8 Uhr.

Sessing. Fuhrmann Henschel. **Verliner.** Sherlock Holmes. **Schiller O.** (Wallner-Theater.) Donna Diana.

Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schiller-Theater.) Die Hoffnung auf Segen. **Reines.** Der Jubiläumsbrunnen. **Romische Oper.** Hoffmanns Erzählungen.

Reibung. Triplepatte. **Volkstheater.** Die von Hochsattel. **Zentral.** Tausend und eine Nacht. **Kleines.** Man kann nie wissen. **Deutsch-Amerikanisches.** Im wilden Westen.

Thalia. Wenn die Bombe platzt. **Luisen.** Ein Wintermärchen. **Trianon.** Der Hausfreund. **Bernhard Rose** früher Carl Weiß. Der Millionenbauer.

Walhalla. Spezialitäten. **Waldsee.** Der Teufel lacht dazu. **Apollo.** Berlin im Omnibus. Spezialitäten.

Kaffee. Alexander der Große. **Golies Caprice.** Das Modell. Das Provinzmädel. **Wintergarten.** Spezialitäten. **Vasage.** Spezialitäten. **Reichshallen.** Stettiner Sänger.

Urania. Tausend und eine Nacht. **Nachmittags 4 Uhr:** Im Lande der Mitternachtssonne. **Abends 8 Uhr:** Die Mosellande und ihr Weinbau.

Sternwarte. Jubiläumstr. 57/62. **Ferdinand Bonn.**

Berliner Theater. Heute und folgende Tage: **Sherlock Holmes.** Anfang 8 Uhr.

Neues Theater. Anfang 8 Uhr. **Der Jubiläumsbrunnen.** Donnerstag: Der bürgerliche Edelmann. — Der Stammgast. Freitag: Der Jubiläumsbrunnen. Sonnabend: Der bürgerliche Edelmann. Der Stammgast.

Kleines Theater. Abends 8 Uhr: **Man kann nie wissen.** (Der verlorene Vater.) Donnerstag: Man kann nie wissen. Freitag: Ein idealer Gatte. Sonnabend: Man kann nie wissen.

Komische Oper. Heute abend 8 Uhr: **Hoffmanns Erzählungen.** Donnerstag: Carmen. Freitag: Hoffmanns Erzählungen.

Lorizing-Theater. Bellealliancestr. 7/8. Mittwoch, 3. Oktober, 7 1/2 Uhr: **Zar und Zimmermann.** Abonnements gültig. Morgen, Donnerstag: **Der Barbier von Sevilla.**

Rixdorfer Theater. Mittwoch, den 3. Oktober 1906: **Im bunten Rock.** Lustspiel in 3 Akten von Schönthan und Schlicht. Sonntag, den 7. Oktober, nachm. 3 Uhr erste Aufführung: **Kabale und Liebe.** Romertische Bühne 50 Pf. Abends 7 1/2 Uhr: **Zapfenstreich.**

Lustspielhaus. Täglich abends 8 Uhr: **Die von Hochsattel.**

Zentral-Theater. (Operette). Täglich 8 Uhr: **Tausend und eine Nacht.**

Luisen-Theater. Reichenbergerstr. 31. **Ein Wintermärchen.** Donnerstag: Ein Wintermärchen. Freitag: Ein Wintermärchen. Sonnabend 4 Uhr zum erstenmal: **Waldsee.** — Abends: Ein Wintermärchen. Sonntag nachm.: Goldonkel. Abends: Ein Wintermärchen. Montag: Ein Wintermärchen.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: **Der Hausfreund.** Anfang 8 Uhr. Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Louisa.**

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Heute 4 Uhr nachmittags: **Im Lande der Mitternachtssonne.** 8 Uhr abends: **Die Mosellande und ihr Weinbau.**

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachmittags 4 Uhr: **Großes Militär-Doppel-Konzert.** Eintritt 1 M., v. 5 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Theater des Westens. Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12. **Mittwoch:** Die Zauberkiste. Anfang 7 1/2 Uhr. **Donnerstag:** Der Zigeunerbaron. **Freitag:** Das Glöckchen d. Eremiten. **Sonnabend:** Gasparone. Gut-scheindste ungültig. **Sonntag nachmittags 3 Uhr halbe Preise:** Der Freischütz.

Apollo-Theater. Die neuen Attraktionen! U. a. die Original-Matschiele-Tänzerin **Liane d'Eve.** **Hartelli,** phänomenaler Virtuosit. **Die Seldoms** klassische Darstellungen 1 Dame, 3 Herren. **Der Affe als Jockey,** Dreifach-Akt. **Berlin im Omnibus,** mit dem **Cunibus-Teufel.**

Bernhard Rose-Theater. früher Carl Weiß-Theater. Große Frankfurterstr. 132. Abends 8 Uhr: **Der Millionenbauer.** Volkstümlich in 4 Akten v. Richter. **Morgen und folgende Tage:** Der **Millionenbauer.**

Residenz-Theater. Direktion Richard Alexander. Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr: **Triplepatte.** Schwank in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Godfranz. **Sonntag nachm. 3 Uhr:** **Eine Hochzeitsnacht.**

Wintergarten. Das neue Oktober-Programm! Ein glänzender Erfolg! **Bros. Perrmann,** Excentrics. **Charlens und Charlens,** musik. Akt. **Robert Steidl,** Humorist. **Launceston Elliot,** Kraftproduktion. **Das Erstesst,** englisches Ballett. **Les Mas-Andrés,** Pariser Duettisten. **De Vry's,** lebende Marmor-Kolossal-Gruppen. **Maria Vincent** portugies. Sängerin. **Bros. Spissel und Mack,** amerikanische Excentrics. **Jackson-Truppe,** Radfahrer. **Kitty Trancy,** Jongleuse. **Der Biograph.**

Passage-Theater. Das Gastspiel **Josefine Dora** in der Komödie **„Rieke“** mit dem Schlager **„Emil du bist eene Pflanze“.** ist wegen d. außerord. Erfolges und der tägl. anverk. Häuser für Oktober prolongiert. Außerdem 14 neue Nummern.

Kasino-Theater. Lothvingerstr. 37. Täglich 8 Uhr **Alexander der Große** von Emil Thomas und Adolf Sellg. **Neu! Fehér-Duett** in ihrem Repertoire. **Klara Antonio** x **Fred u. Carman.** **Sonntag nachm.: Hotel Klingebusch.**

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 19/20. **Am Rosenthaler Tor.** Die neuen lustigen Spezialitäten! **Emmi Kröcher,** Willi Prager, Berlins populärste **Reue-Complott!** **Soubrette.** **Reue-Schlager!** **Bill u. Will,** eigene Komödien. **B. T. L. Krügers,** musik. kom. **Extra-Varietés.** **Chevalier Thom** in neuen **Mission.** und das für Berlin gänzlich neue Programm. **Eintrittspreise** einschließlich Programm 0,50 bis (Logenplätze) 3,10 M. Anf. 6 Uhr. **Rauschen** überall gehalten.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). **Mittwoch, abends 8 Uhr:** **Donna Diana.** Lustspiel in 3 Aufzügen von Moreto.

Donnerstag, abends 8 Uhr: **Donna Diana.**

Freitag, abends 8 Uhr: **Hasemanns Töchter.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wdh. Th.). **Mittwoch, abends 8 Uhr:** **Die Hoffnung auf Segen.** Schiller Drama in 4 Bildern von Hermann Heijermans jun. Uebersetzt und für die deutsche Bühne bearbeitet v. R. Heine u. Helene Richter.

Donnerstag, abends 8 Uhr: **Die Hoffnung auf Segen.**

Freitag, abends 8 Uhr: **Web' dem der lügt.**

Brauerei Friedrichshain.

Heute, Mittwoch, und folgende Tage, auf kurze Zeit: **KONZERT** von **Johann Strauß aus Wien**

Dirigent d. k. k. österr. Hofballmusik mit seiner gesamt. Kapelle. **Anfang 8 Uhr. — Entree 50 Pf., res. Pl. 1,00, num. Tisch 1,25.** **Billets** im Vorverkauf bei **Bote & Bock, Wertheim-Loipzigerstraße** und in den mit Plakaten belegten Zigarrengeschäften.

Schwarzer Adler

Friedrichsberg. Bernspracher Nr. 8. **Jeden Sonntag im Königssaal:** **Großer Ball** unter Leitung des Herrn O. Bürger. **Jeden Mittwoch:** 94762*

Willy Walde-Sänger.

Gebr. Arnold.

Zirkus Busch.

Abends 7 1/2 Uhr: **! Monsieur Romeo! Ueberfahren eines lebenden Menschen** mit einem **Automobil.** (Gewicht 30 Zentner und 4 Räder.) **Jur. Verfügung** gestellt durch die Firma Koch u. Co., G. m. b. H., Motorfahrzeuge, Berlin.

Die größte Tiger- und Löwengruppe dirigiert von dem **Dompteur Willy Peters** und zwei wilden Tigern. **Präzelle Martha Mohrke,** Schutzelicht. **Herrn Ernst Schumanns** Reudresuren. **Aus der Publa.** Orig.-Pantom. des Zirkus Busch.

Deutsch-Amerikanisches THEATER.

Köpenickerstr. 67-68. **Jeden Abend 8 Uhr:** Zum **„Der große Erfolg“** **43. Im wilden Westen.** **Malo;** Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: **„Ueberr großen Teich.“**

Metropol-Theater

Täglich: **Der Teufel lacht dazu.** Große Jahresrevue in 9 Bildern von Julius Freund. **Musik** von Viktor Hollander. **Dirigent M. Roth.** **In Szene** gesetzt vom Direktor **Richard Schultz.** **H. Bender.** **J. Giampietro.** **J. Josephi.** **Fritzi Massary.** **Phila Wolff a. D. usw.** **Anfang 8 Uhr.** **Rauschen** in allen Räumen gest.

Folies Caprice

Lindenstr. 132, E. d. Friedrichstr. **Direktion: Felix Berg.** **Heute** **Das Modell** und **Das Provinzmädel.** **Anfang 8 Uhr.** **Vorverkauf** bei **A. Wertheim** und an der **Theaterkasse 10-2 Uhr.**

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger** **Anfang** **Wochentags** **8, Sonntags** **7 Uhr.**

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börsen. **Täglich 8 Uhr.** **Entree 50 Pf.** **Das glänzende Oktober-Programm!** 12 Attraktionen ersten Ranges. U. a.: **John Ilket** (sensat.-equilib. III. die Ur-tomischen). **Robert u. Gertram** **Neu! Die Loreley** **Neu!** **Woffe von Ostar Klein.** **Familienarten,** zum halben Kaffeepreis gültig, in allen **Barbier-Priseur- und Zigarrengeschäften** unentgeltlich.

Colosseum

Dresdenerstr. 97. **Das brillante** **Oktober-Programm.** **Spezialitäten** und **Volks-Kabarett**

Partei-Expeditionen:

Berlin Zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Wittenwalderstr. 10, v. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Frid. Ringstr. 31, v. part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Engels, Hübnerdörferstr. 3, am Röttnerplatz. **Bildung Mann,** Petersburgerplatz 4 (Laden). — **SO.:** Paul Böhm, Kaufbergerplatz 14/15 (Laden). — **Fünfter Wahlkreis:** Leo Such, Reibstr. 42 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstr. 8, im Laden. — **Wedding:** Karl Weihe, Wiesenstr. 41/42. — **Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt:** Hermann Rasche, Riederstr. 39, Eingang Südkamerstr. — **Gesundbrunnen:** F. Trapp, Rügenstr. 24, vom part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Ratz, Pöcherstr. 129. — **Alt-Glienicker:** Reinhold Schulz, Ruhowstr. 53. — **Charlottenburg:** Gustav Schanderg, Zelenbeimerstr. 1, Gde. Wochstr. v. l. — **Wilmersdorf-Halensee:** Georg Heese, Berlinstr. 46, Laden. — **Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg, Boxhagen, Stralau u. Rummelsburg:** Otto Seidel, O. 112, Kronprinzenstr. 50, l. — **Grünau:** G. Büchse, Viktorstr. 2. — **Rixdorf:** R. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden. — **Schmargendorf:** Gustav Kaminsky, Gumboldtstr. 2. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumer, Berlin, Zuhlerstr. 51, im Laden. — **Tempelhof:** R. Müller, Berlinstr. 41/42. — **Ober-Schöneweide:** Julius Grunow, Edisonstr. 10, l. — **Nieder-Schöneweide:** Donaldson, Gasseimerstr. 14. — **Johannisthal:** Franz Hanel, Wilmersstr. 7. — **Adlershof:** Erich Steuer, Roonstr. 8, l. — **Königs-Wusterhausen:** Friedrich Baumann, Lindenwalderstr. 4b. — **Köpenick:** Friedrich Wold, Grünstr. 4. — **Friedenau-Steglitz-Südende:** G. Bernice, Schloßstr. 115, Gartenhaus l. in Steglitz. **Bestellungen** nehmen entgegen in **Steglitz:** G. Rohrer, Düppelstr. 8, u. Dr. Schellhase, Wilmersstr. 15a. — **Marienthal:** Paul Müller, Bergstr. 35, Dorf l. — **Baumschulweg:** Stad. Ernststr. 2, l. — **Treptow:** Rob. Wamenz, Riehlstr. 412, Laden. — **Neu-Weißensee:** G. Reske, Sedanstr. 105, partiere. — **Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:** G. Gursch, Provinzstr. 108, l. — **Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Bernsdorf und Reinickendorf-West:** Paul Rietach, Borsigwalde, Schubertstr. 43. — **Pankow-Niederschönhausen:** G. Freimaldt, Wilmersstr. 73. — **Bernau:** Heinrich Bräse, Dohlestr. 74, part. **Eichwalde, Zehlendorf, Miersdorf und Hankels Abtate:** Wilfried Gräß, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, l. — **Teltow:** Hermann Kräger, Reuterstr. 2. — **Nowawes:** Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 1. — **Spandau:** R. Dypen, Jagowstr. 9.

Wohrdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.**

Bitte ausschneiden.

Friedrich Schiller und seine Zeit

von Johannes Zeherr. **Reich illustriert,** circa 700 Seiten stark. **Sie haben die keine Reklamlage** von vorstehendem Wert erworben, das wir zu dem billigen Preise von **7,50 M.** (früher 30 M.) abgeben.

Expedition des Vorwärts Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

Beste Bettenfüllung

Monopoldaunen (geschl. gefüllt) Pfund 2,55. 2-4 Pfund gemäß i. gr. Oberst. Preis geg. Nachnahme. **Verpackung frei.**

Gustav Lustig

Berlin S. Prinzenstr. 46 **Größtes Bettfedern-Spezial-geschäft Deutschlands.**

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnenstr. 17-18 x x Veteranenstr. 1-2

Heute Mittwoch

Doppelte Rabattmarken

in allen Abteilungen mit Ausnahme einiger wenigen Artikel.

2497L*

Besichtigen Sie

unsere erprobten und bewährten

Spiritus-Glühlicht-

Lampen und Brenner. **Centrale für Spiritus-Verwertung** BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Kein Kaufwang! Preisliste kostenlos!

Total=Auflösung.

Montag, 1. Oktober, beginnt

der vollständige, reelle Ausverkauf der Firma

M. SCHNEIDER & Cie.

Spittel-Markt 11.

SPEZIAL-KAUFHAUS

Ecke Kurstraße.

Blusen

für schwarze und farbige Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Leinen- und Baumwollwaren, fertige Wäsche, Trikotagen, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Gardinen, Portieren, Teppiche, Läufer, Tisch-, Stepp-, Schlaf- und Bettdecken.

Kostümröcke



„Blut und Eisen“

Krieg und Kriegerum
in alter und neuer Zeit
von Hugo Schulz

Unter diesem Titel erscheint ein neuer Band der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen „Kulturbilder“. In zusammenhängenden historischen Streifzügen zeigt der Verfasser, welche Rolle der Krieg im Leben der Kulturmenschen gespielt hat, welche Greuel er gestiftet, welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Aus der Kriegsgeschichte wird sich die Militärgeschichte erschließen, und allenthalben wird der Leser sehen, wie sehr auch die Formen des Kriegsführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit. Der Verfasser zeigt, wie auch in der Wehrverfassung die sieghafte Stärke des demokratischen Prinzips sich Bahn gebrochen hat. Porträts, Schlachtenbilder, belagerte Städte, Darstellungen von Kriegsgreueln, Soldatentypen, Spottbilder und Waffengattungen sollen die lehrreichen Darlegungen veranschaulichen und beleben.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pfg. :: Wöchentlich wird ein Heft ausgegeben
Jedes Heft ist reich illustriert!

Das Werk ist zu beziehen durch jede Buchhandlung und jeden Kolporteur oder den Verlag:
Buchhandlung Vorwärts :: Berlin SW. 68, Lindenstraße 69

Dr. Simmel, Prinsen-
Str. 41,
Spezialarzt für 187/13
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.



Stola,

Muffen, Kolliers

in allen Pelz-
gattungen sowie
alle sonstigen
Pelzwaren.

Nur eig. Fabrikat
aus best. Material.
Kein Zwischen-
händler, daher Fab-
rikpreise.

Ferdin. Kalman

Dresdenerstr. 75

Kein Reismuster-
schwindel.
Verkauf auch
Sonntags, und Wochentags von
8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends.

Husten,
Heiserkeit
mit
Reichels
Hustentropfen
überraschend
schnell
und stoher.
Nur echt, wenn
mit Marke
„Medico“
beschriftet.
Flasche 50 Pf.

In den Drogerien u. Apotheken u. bei
Otto Reichel, Berlin SO. 43,
Eisenbahnstraße 4.

Verlangen Sie Tellus-Zigaretten

garantiert Handarbeit

Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt.
M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.

MUSIK-WERKE
aller Art.
Illustration of musical instruments.
gegen Monatsraten v. 2 Mk. an.
Jahres-Katalog No. 666 gratis u. frei.
Bial & Freund, Breslau II.

Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Schluss
der
Doppelten
Rabatt-
Marken
Freitag, den
5. October cr.

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark
4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch

8 Sparmarken.

Ausgenommen sind einige Artikel.

4. Generalversammlung des Zentralvereins der Bildhauer.

Sechster Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Heute werden zunächst alle vorliegenden, noch nicht erledigten Anträge behandelt, soweit sie sich mit dem Zentralvorstand, der Geschäftsführung und der Bezirksabteilung betreffen.

Ferner wird beschlossen, gesperrte Geschäfte in der „Bildhauer-Zeitung“ nicht zu veröffentlichen, sondern die arbeitsuchenden Kollegen an die örtlichen Verwalter zu weisen.

Ein Antrag, die bei Streiks und Aussperrungen anderer Berufe in Mitleidenschaft gezogenen Mitglieder gleichfalls zu unterstützen, wird mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Bezüglich der Reiseerklärt Dupont, seine Ausführungen am Mittwoch seien falsch aufgefaßt worden; er stehe nur auf dem Standpunkt, daß die Forderung des 1. Mai nicht in einen Tarif gehört.

Der Sitz des Vereins bleibt Berlin. Die Festsetzung der Tagelöhner für die Agitation und die Delegierten für die Generalversammlung ergibt den Satz von 12 M. pro Tag.

Das Gehalt des Hauptverwalters wird auf 2400 M. erhöht, ebenso das des Berliner Verwalters um 200 M. Die gestern beschlossene Gehaltsskala tritt am 1. Oktober 1906 in Kraft.

festgestellt. Es wird nunmehr zu den Wahlen geschritten: Als 1. Vorsitzender und Redakteur wird wiedergewählt Dupont-Berlin, als Kassierer Behrens-Berlin, als Hauptverwalter Stahl-Berlin.

Auf den nächsten Gewerkschaftskongress werden Dupont und Voening-Berlin delegiert. Damit ist die Generalversammlung am Ende ihrer Beratung angelangt.

Dupont dankt für das Vertrauen, das durch die Wahl erneut dem Zentralvorstand beteuert worden sei und bittet um rege Mitarbeit für die Zukunft; er dankt allen Delegierten, der Frankfurter Arbeiterkraft und ihrer Presse, vor allen Dingen für das Interesse und die Mitarbeit.

Vermischtes.

In der Luftballonweitsfahrt um den Gordon-Benett-Becher flegte der von Lahn gesteuerte amerikanische Ballon „United States“.

Aus den Bergen wird über ein Touristenunglück gemeldet: Des Plans (bei Bez. Kanton Waadt), 2. Oktober. Die Namen der verunglückten Touristen sind Hans Arnold Haller von Vern, Eilefhus Schärer von Vern, Walter Kleinert von Affoltern (Kanton Zürich) und Henri Gaget von Grandcourt bei Yverne.

Eine weitere Mitteilung besagt: Die Leichen der an der Ostsee späte verunglückten Touristen sind heute vormittag geborgen und gegen mittag hierher gebracht worden.

Schiffunglücke. Der deutsche Dampfer „Sillberg“ ist im Hafen von Hongkong mit dem japanischen Dampfer „Hongkongmaru“ zusammengestoßen.

Stürme am Mittelmeer. Aus Bizerta in Algier wird uns telegraphiert: Infolge starken Regens trat der Bistradach über seine Ufer. Bei dem Versuche, fortgeschwemmtes Holz zu retten, ertranken sieben Eingeborene.



Warenhaus Hermann Tietz

LEIPZIGERSTRASSE

ALEXANDERPLATZ

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend -- Soweit der Vorrat reicht

Grosser Verkauf

Glas, Porzellan und Wirtschaftsartikel

Im Lichthof

Extra-Verkauf aussergewöhnlich preiswerter Artikel.

Glas und Kristall

Press-Kristall-Service „Victoria“

Table listing items like Salat- u. Compotschalen, Compotteller, Kuchenteller, Käseglocken, Zuckerschalen and Butterständer with prices.

Pressglas-Service „Weinlaub“

Table listing items like Salat- und Compotschalen, Compotteller, Käseglocken, Zuckerschalen, Compotteller diverse Muster with prices.

Echtes Porzellan dekoriert

Tafelgeschirre „Feston-Form“

In Goldrand und Lini

Table listing items like Teller flach und tief, Dessertteller, Terrinen für 6 Personen, Kartoffelschüsseln, Salatschüsseln, Bratenschüsseln, Beilagen-Schalen, Salz- u. Pfeffergefäße, Fleischplatten u. Gemüseschüsseln with prices.

Tafelservice

Table listing items like Tafelservice for 6 and 12 persons with prices.

Weisses Porzellan

Tafelgeschirre zum Zusammenstellen completter Service geeignet

Table listing items like Speiseteller flach, Suppenteller tief, Dessertteller, Suppenschüsseln, Kartoffelnäpfe, Salatiären, Bratenschüsseln, Saucieren, Bratenschüsseln rund, Beilagen-Schalen, Kaffeegeschirre, Kaffee- und Teekannen, Milchgiesser und Zuckerdosen, Tassen und Untertassen with prices.

Wirtschaftsartikel

Table listing household items like Küchentische, Küchenstühle, Eimerspinden, Küchenschränke, Leitern, Gardinenspanner, Garderobenleisten, Besenschränke, Putzkommoden, Kohlschränke, Kohlenkasten, Asch-Eimer with prices.

Table listing household items like Wäschetrocken-Ständer, Wäscheleinen, Wäschewringmaschine, Waschtöpfe, Wäschemangel, Wäschekessel, Waschtische, Waschgarnitur, Waschwannen, Waschwobler, Messerputzmaschinen, Fleischhackmaschinen with prices.

Table listing household items like Besen graue, Handfeger, Rosshaar-Besen, Rosshaar-Handfeger, Teppichbesen, Teppich-Kehrmaschinen, Bohnerbürsten, Bohnerbürsten eisern, Bohnermasse, Stahlsphäre, Abstäuber, Bürstengarnituren with prices.

Table listing household items like Eierservice, Butterdosen, Teegläser, Teeservice, Zuckerdosen, Bestecke, Geflügelscheeren, Gasplatten, Gaskocher with prices.

